# Unser Land hat eine gute Zukunft. Wir gestalten sie.

Potokoll vom außerordentlichen Landesparteitag am 31. März 1984 in Aachen.

Grundsätze sozialdemokratischer Kommunal- und Landespolitik für Nordrhein-Westfalen.



## INHALTSVERZEICHNIS

1.	Vorwort	3
2.	Eröffnung und Begrüßung Antje Huber	5
3.	Grußworte	. 6
4.	Konstituierung des a.o. Landesparteitages	11
5.	Beschlußfassung über Tagesordnung und Geschäftsordnung	12
6.	Bericht der Mandatsprüfungskommission	12
7.	"Sozialdemokratisches Handeln für unser Land" Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden Johannes Rau	13
8.	Einbringung der Grundsätze sozial- demokratischer Kommunal- und Landespolitik für Nordrhein-Westfalen Christoph Zöpel	41
9.	Generaldebatte	4 5
10.	Behandlung der Anträge	4 6
11.	Grundsätze	6 9
12.	Duisburger Erklärung	181

In zwei Schritten haben die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen ihre politischen Vorstellungen für die Kommunalwahlen 1984 und die Landtagswahlen 1985 erarbeitet.

Gleich nach der Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 1983, die einen tiefen Einschnitt auf dem politischen Weg der Sozialdemokratie darstellte, begannen die Arbeiten an der Duisburger Erklä-rung. Sie wurde im Juni 1983 beschlossen. Die Duisburger Erklärung legt politische Grunderkenntnisse und Grundsätze fest:

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein Maß an Wohlstand erreicht, das es nie zuvor in der Geschichte der Menschheit gegeben hat. Dieses hohe Wohlstandsniveau wurde erreicht durch ein historisch einmaliges Wirtschaftswachstum nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Für die Zukunft darf nicht mit einer derartigen Wachstumsentwicklung spekuliert werden.

Heute sind die Wohlstandsgesellschaften der hochentwickelten Industrieländer in ihrer Existenz gefährdet

- durch zunehmende soziale Ungerechtigkeit und Arbeitslosigkeit,
- durch Zerstörung der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen,
- durch steigende Entwicklungsunterschiede zu den Ländern der Dritten Welt,
- durch den Rüstungswettlauf zwischen Ost und West.

Die technologische Entwicklung hat den Menschen schier unbegrenzte Möglichkeiten der individuellen und sozialen Entfaltung geschaffen, gleichzeitig aber Abgründe zu Sozialkatastrophen und zur Selbstvernichtung der Menschen geöffnet.

- Technik bietet die Möglichkeit, immer mehr, immer neue und immer bessere wirtschaftliche Güter und Leistungen zu erstellen. Technik ersetzt zunehmend menschliche Arbeitskraft.
- Technik hat Natur beherrschbar und viele natürliche Ressourcen für die Menschen nutzbar gemacht. Technik gefährdet nun aber zunehmend die Natur und die natürlichen Lebensgrundlagen.
- Technik hat weltweit Verkehrsverbindungen und Informationsaustausch möglich und damit die Welt kleiner gemacht. Es ist aber nicht gelungen, die weltweiten Entwicklungsunterschiede zu verringern.

 Technik hat Waffensysteme möglich gemacht, mit denen die Menschheit erstmals in ihrer Geschichte in der Lage ist, sich selbst zu vernichten.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sehen die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes in dem politisch verantwortlichen Umgang mit Technik als Grundlage ihres Handelnsan.

Der Duisburger Landesparteitag 1983 gab dann den Auftrag, auf der Grundlage der Duisburger Erklärung ein kommunal- und landespolitisches Programm für die nächste Legislaturperiode zu erarbeiten. Eine Kommission des Landesvorstandes unter Vorsitz von Johannes Rau und Christoph Zöpel erarbeitete den Entwurf, der am 31. März 1984 auf dem Sonderparteitag in Aachen verabschiedet wurde. Dieses Programm umreißt die politischen Aufgaben, von denen die Sozialdemokraten nach bester Prüfung der finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten sicher sind, daß sie verwirklicht werden können, wenn den Sozialdemokraten bei der Kommunalwahl 1984 und bei der Landtagswahl 1985 die politische Verantwortung übertragen wird.

Die Aussagen der Duisburger Erklärung und des Aachener Programms werden zur Diskussion gestellt. In den kommenden Monaten sollen sie ein Punkt der Orientierung für jeden sein, der sich mit der Politik in den Gemeinden, im Land und im Bund und mit den Vorstellungen der Sozialdemokraten dazu beschäftigt. Dabei erhoffen sich die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sachliche Erörterungen, hilfreiche Anregungen und weiterführende Fortschreibungen und Verbesserungen, die dazu beitragen sollen, den Auftrag "Handeln für unser Land" erfolgreich zu erfüllen.

Aus diesem Grunde haben wir in das Protokoll des außerordentlichen Landesparteitages am 31. März 1984 in Aachen auch die im Juni 1983 beschlossene Duisburger Erklärung aufgenommen, damit ihr politischer Zusammenhang mit den in Aachen gehaltenen Reden und Beschlüssen erhalten bleibt.

Die Songgruppe Hai & Topsy spielte und sang zur Einleitung ein jiddisches Arbeiterlied aus Wilna und die alte Volksweise nach einem fliegenden Blatt von 1780 "Die Gedanken sind frei".

10.15 Uhr

### 2. Eröffnung und Begrüßung

Antje Huber, MdB stellvertretende Landesvorsitzende der SPD in NRW

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

der außerordentliche Landesparteitag der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen findet in einer Zeit des Problemdrucks statt. Das Land Nordrhein-Westfalen als größtes Bundesland ist von den drängenden Arbeitsmarktfragen, den Erfordernissen des Umweltschutzes, besonders in den alten Industrieregionen, den Herausforderungen auf dem Bildungsund Ausbildungssektor besonders betroffen.

Der Aufschwung, den die Bonner Wende bringen wollte, ist dort, wo er überhaupt eingetreten ist, ein Aufschwung der Betriebsergebnisse und der Gewinne geworden, hie und da über 60 %. Er wurde erzielt auf dem Rücken von mehr Arbeitslosen, von abhängig Beschäftigten mit vermindertem Realeinkommen, von geschröpften Rentnern und Sozialleistungsempfängern. Ernst Breit, unser DGB-Vorsitzender, hat kürzlich die Vermutung geäußert, daß die Bundesregierung die Finanzsysteme so zuschneide, daß sich 6 Mio. Arbeitslose verkraften ließen. Der Ausspruch stellt geradezu auf den Kopf. wer hier etwas zu verkraften hat; gemeint ist die Bonner Wende.

Die Bundesregierung scheine, so sagte Breit, die große Herausforderung der Arbeitslosigkeit einfach absitzen zu wollen. In einer solchen Situation erhöht sich, liebe Genossinnen und Genossen, die Bedeutung von Nordrhein-Westfalen als Kontrastprogramm für Bonn, soweit Landeskompetenzen reichen.

Die sozialdemokratische Handschrift soll auch heute deutlich werden in den politischen Grundsätzen für die kommenden Jahre, die wir hier zu erörtern, zu beschließen und natürlich auch vorzustellen haben. Es ist ein Programm, das die unterschiedlichen Bedürfnisse der Regionen unseres Landes würdigt und Schwerpunkte dort setzt, wo unsere Bürger die Defizite am meisten empfinden: bei Wirtschaft, Arbeit und Umweltschutz, aber natürlich sind auch andere Entwicklungen wie z.B. bei den Medien ernstzunehmen, denn sie werden unsere Gesellschaft mehr verändern als viele jetzt ahnen.



Christoph Zöpel wird in seiner Einführung zum Programm über die Schwerpunkte im einzelnen sprechen. Nachdem sich der Landesausschuß in seiner letzten Sitzung ausführlich mit dem Programm befaßt hat, sind heute gut 40 Anträge zu beraten, und wir hoffen auf eine kritische und sachliche Diskussion.

Ich eröffne den Parteitag und begrüße zunächst alle Delegierten, an ihrer Spitze unseren Landesvorsitzenden Johannes Rau.

Erstmals begrüßen wir unter uns auch 30 Betriebsräte, die wir entsprechend unseren Münchener Beschlüssen und entsprechend der Praxis in einigen anderen Bundesländern hier als Gäste mit Rederecht eingeladen haben. Wir danken ihnen für ihre verantwortungsvolle Arbeit in dieser Zeit. Sie sind uns besonders herzlich willkommen.

Ich begrüße unseren früheren Landesvater Heinz Kühn.

Unter uns ist auch Annemarie Renger, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, der zweite Vizepräsident Heinz Westphal ist als Delegierter unter uns. 智を表示を言葉とう

Ich begrüße die Bundesministerin a. D. Anke Fuchs und zahlreiche Abgeordnete aus Bund, Lend und Europa.

Der DGB-Landesvorsitzende Michael Geuenich ist hier und wird ein Grußwort an uns richten. Ich begrüße Günter Schröder als den Vorsitzenden der GdP und viele andere Vertreter der Gewerkschaften. auch aus Aachen.

Die befreundeten Organisationen geben uns die Ehre. An ihrer Spitze und stellvertretend nenne ich die Arbeiterwohlfahrt, die Falken und die Naturfreunde.

Wir begrüßen alle Diplomaten, die in großer Zahl heute bei uns sind, an ihrer Spitze den amerikanischen Generalkonsul Edminster.

Ich begrüße alle Regierungspräsidenten, Vizepräsidenten und die Vertreter der Landschaftsverbände und herzlich den Aachener Stadtdirektor Manfred Fuchs, der gerade wiedergewählt worden ist und hier in Aachen unsere Stellung hält.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

ich bitte Sie nun, sich zu Ehren der Verstorbenen aus dem letzten Jahr zu erheben.

Stellvertretend für alle, die uns verlassen haben, nenne ich

Helmut Wulfmeier, Bezirksgeschäftsführer in Ostwestfalen-Lippe. Er war einige Jahre Bürgermeister in Bielefeld.

Rudi Hamann, AfA-Sekretär des Bezirks Ostwestfalen-Lippe. Er war Fraktionsvorsitzender in Brackwede.

Gustav Korthen, er war Bürgermeister in Dortmund.

Elisabeth Langner, sie war ASF-Unterbezirksvorsitzende in Soest.

Elfriede Weiler, langjährige Landtagsabgeordnete.

Paul Bresgen, ebenfalls langjähriger Landtagsabgeordneter.

Arnold Overzier. Er war 60 Jahre Mitglied der Partei, Bezirksvertreter und Ratsmitglied in Mönchengladbach. Fritz Büttner.

Er war 55 Jahre Mitglied der Partei, . zwölf Jahre im Bundestag, Ratsmitglied in Wesel und Mitglied des Kreistages und des Unterbezirksvorstandes.

Ernst Alex.

Er war 65 Jahre Mitglied der Partei, Weggefährte von Hermann Runge, von den Nazis inhaftiert. 1946 zunächst von den Alliierten zum Oberstadtdirektor von Rheydt berufen und anschließend zum Stadtdirektor in Viersen gewählt.

Sie haben sich zu Ehren unserer Toten erhoben. Sie werden uns ein leuchtendes Beispiel sein.

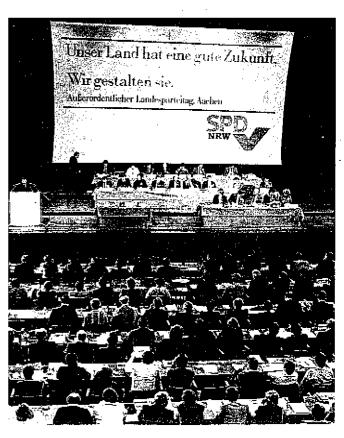
Ich danke Ihnen.

#### 3.Grußworte

Jürgen Linden für den SPD-Unterbezirk Aachen Stadt

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste,

im Namen des gastgebenden Unterbezirks Aachen-Stadt heiße ich Sie recht herzlich im städtischen Eurogress willkommen und wünsche diesem Landesparteitag gute Arbeit und vor allen Dingen einen guten Erfolg.



Aachen ist bekannt als die Stadt Karls des Großen, als die Stadt der Printen und Schokoladen, die Stadt der Reitturniere und der Flohmärkte. Aachen ist aber auch bekannt wegen einiger hervorragender Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen, namentlich nenne ich hier die RWTH und das neue Klinikum der RWTH Aachen.

Ich sage das von hier aus sehr deutlich: Das Klinikum mag zwar baulich und auch städtebaulich ein Moloch sein, es mag auch bestimmt nicht preiswert gewesen sein, doch es ist heute schon bekannt für internationale Höchstleistungsmedizin, und ich darf all denen versichern, die nicht aus Aachen kommen, daß die Patienten, die jetzt in diesem Klinikum waren, es hochzufrieden und voller Lob verlassen haben. Wir Aachener würden uns freuen, wenn diese Klinik endlich von der nordrhein-westfälischen Landesregierung offiziell ihrer Bestimmung übergeben würde.

Sie werden bei Ihrer Anreise sicherlich gleich auf den ersten Blick bemerkt haben, daß Aachen eine städtebaulich freundliche Stadt ist. Ich kann Ihnen als Aachener versichern. daß freundliche und tatkräftige Menschen leben und wohnen. Aber Politiker müssen auch hinter die Fassaden schauen. Und hinter der Fassade der Stadt Aachen läßt sich nicht verbergen, daß wir derzeit eine Überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit haben und wie viele andere Städte und Gemeinden auch eine zunehmende Armut, gekennzeichnet durch die zunehmende Zahl von Sozialhilfeempfängern, von zunehmenden Räumungsprozessen und Kreditinteressenten. Wir sind eben in Aachen Grenzraumstadt und dadurch schon durch eine wirtschaftliche Strukturschwäche gekennzeichnet.

Ich darf als Aachener in diesem Zusammenhang dem Land Dank sagen. Ohne die Wirtschaftsförderung des Landes, auch ohne den finanziellen Solidaritätsausgleich, wüßten wir Aachener vermutlich heute nicht, wo wir stünden. Aber in dieser Stadt ist auch noch viel Potential, vor allem im wissenschaftlichen und im Forschungsbereich, und dieses Potential gilt es zu fördern.

Eine Förderung betrifft den Technologietrænsfer. Hier haben wir mit Hilfe des Landes und in Zusammenarbeit mit der RWTH eine vorbildliche Einrichtung geschaffen, und dafür gilt es ebenfalls Dank zu sagen. Wir müssen aber auch aufgenommen werden in das Bund-Länder-Programm zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung. Ohne diese Förderung geht es mit Aachen vermutlich morgen doch bergab!

Wir haben hier seit Kriegsende eine alleinherrschende CDU-Regierung und stehen nicht an zu sagen, daß diese CDU-Regierung ideenarm und verbraucht ist. Ich darf auch voller Stolz sagen, daß wir auf dem Weg zum 30.9. gute Hoffnung haben, hier erstmals die Mehrheit in dieser Stadt zu erringen.

Was wir neben dem Materiellen und Finanzspritzen brauchen, sind allerdings auch geistige Impulse. Wir hoffen, daß auch dieser Landesparteitag solche Impulse zu setzen vermag. Davon würden nicht zuletzt wir alle, sondern auch wir in Aachen profitieren.

Ich wünsche Euch und Eurer Arbeit in diesem Sinne einen guten Erfolg.



Günter Schlatter, MdB für den SPD-Bezirk Mittelrhein

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

ich darf zunächst die herzlichsten Grüße der Bezirkspartei und der 50.000 Sozialdemokraten im Bezirk Mittelrhein diesem Landesparteitag und seinen Delegierten überbringen.

Natürlich sind wir froh und stolz, daß sich heute hier in Aachen – und für diese Region auch auswirkend in den Veranstaltungen des gestrigen Tages – der Ministerpräsident und die Kabinettsmitglieder des Landes NRW in unserer Mitte befinden. Ich begrüße deshalb besonders die Mitglieder der Landesregierung und habe dies erwähnt, weil ich betonen möchte, daß wir dankbar sind für die Entscheidung, den Landesparteitag in Aachen durchzuführen. Wir sehen darin ein Stück Ermutigung und Unterstützung auch für unsere Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.

Uns geht es hier im Mittelrhein wie Euch in Euren Bezirken und Unterbezirken. Wir stehen schon mitten im Wahlkampf. Wir spüren in unserer politischen Arbeit die Auseinandersetzung um die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Was sich hier für uns zeigt, ist mehr als ein Stück Tarifkampf. Da sollen die Arbeitnehmer und mit ihnen die Gewerkschaften und die große Arbeitnehmerpartei SPD kleingemacht werden. Wir stehen hier im Bezirk Mittelrhein ein für die gewerkschaftlichen Forderungen. Das ist für uns ein Stück Vertrauensarbeit, zu der wir uns bekennen.

Wir wollen heute in Aachen unsere sozialdemokratischen Grundsätze zur Kommunal- und Landespolitik beschließen. Das darf nicht nur Papier bleiben. Daraus haben wir Politik für die Menschen zu entwickeln. Laßt uns mit den heutigen Beschlüssen zeigen, daß es uns um mehr geht, als Erreichtes zu verteidigen und zu bewahren.

Die SPD an Rhein und Ruhr hat Ziele, und sie tritt an, auch das nächste Jahrzehnt in Nordrhein-Westfalen als politische Kraft zu gestalten. In diesem Sinne wünsche ich dem Landesparteitag und uns allen erfolgreiche Arbeit.

Michael Geuenich Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bin um ein Grußwort gebeten worden. Aber niemand unter Euch wird erwarten, daß wir nur ein paar Unverbindlichkeiten austauschen wollen. Um lediglich Freundlichkeiten zu sagen, sind die Zeiten zu ernst.

Die Gewerkschaften sind angetreten, Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen. Auch wenn das von konservativer Seite der Öffentlichkeit eingeredet wird: dies hat nichts mit wirtschaftlichem Unverstand oder realitätsfremdem Radikalismus zu tun! Wir registrieren die Fakten:

- zweieinhalb Millionen Menschen sind arbeitslos;
- weitere 1,2 Millionen sind überhaupt nicht bei den Arbeitsämtern gemeldet;
- und schließlich drohen neue Technologien, bis 1990 drei bis vier Millionen Arbeitsplätze zu vernichten.

Wir wissen ferner, daß die vorausgesagten Wachstumsraten keinen Anlaß zu Optimismus geben.

Wenn aber weder Wachstum noch neue Technik eine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes versprechen, bleibt nur die Alternative, die Beschäftigungskatastrophe durch massive Arbeitszeitverkürzung abzuwenden!

Niemand kann den Gewerkschaften vorwerfen, daß sie sich in dieser Situation für den zweiten Weg entschieden haben. Das entscheidende Instrument zur Durchsetzung unserer Forderungen wird zweifellos die gewerkschaftliche Kampfkraft sein.

In dieser Auseinandersetzung geht es am allerwenigsten um die Qualität der Argumente. Den Unternehmern geht es um wirtschaftliche und politische Macht! Bundesregierung und Koalitionsparteien haben sich zum willfährigen Büttel des Kapitalismus degradiert. Aus dieser Ecke gibt es für die Arbeitnehmer keine Unterstützung.

Die eindeutige Haltung der SPD ist deshalb von besonderer Bedeutung.

Ich bin sicher, daß die ermutigenden Aussagen führender Sozialdemokraten in

#### Liebe Genossinnen und Genossen!

Ziele der HDF (Föderation Progressiver Volksvereine der Türkei in Europa e.V.) sind die Verbesserung der Situation der türkischen Arbeiter und ihrer Familien in Europa. Sie tritt ein für politische, rechtliche und soziale Gleichstellung und Integration der Ausländer.

Die "Doppelstrategie" der Bundesregierung - Förderung der Rückkehrbereitschaft einerseits und Integration andererseits - wird bisher sehr einseitig auf das Ziel der Rückkehr ausgerichtet. Die Entwürfe des neuen Ausländergesetzes, die im wesentlichen eine Verschärfung der Ausweisungspraxis enthalten, weisen eindeutig nur in diese Richtung.

Soziale Integration kann nur erfolgreich sein, wenn die wirtschaftliche
und politische Integration mitverwirklicht wird. Unter politischer Integration verstehen wir die gleichberechtigte Teilnahme der hier lebenden Ausländer am politischen Geschehen und als ersten Schritt dazu das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene. Nur
so hätten die Ausländer die Möglichkeit, ihre Probleme, von denen sie in
ihrer näheren Umgebung direkt betroffen
sind, zum Ausdruck zu bringen und aktiv
nach Lösungswegen zu suchen.

Wir zeigen uns solidarisch mit Euren Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und wünschen Euch einen guten Verlauf des Parteitages.

Mit sozialistischen Grüßen i.A. des HDF Bundesvorstandes Aydin Sayilan

# 4.Konstituierung des a.o. Landesparteitages

Es wurden vorgeschlagen und einstimmig gewählt:

#### <u>a) die Mitglieder</u> des Präsidiums

Bolte, Ursula	OWL
Brunn, Anke	MR
Güllenstern, Lore	NŘ
Schinzel, Dieter	UB Aachen
Ziegler, Fritz	WW / LV

#### b) die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission

Kontrollkom.
NR
WW
Kontrollkom.
Kontrollkom.
NR
WW
WW
Kontrollkom.
OWL
OWL
NR
OWL
MR
Kontrollkom.

#### c) die Mitglieder der Zählkommission

Bobisch, Klaus	Kontrollkom.	
Böcke, Heinz	ÓWL	
Bogdahn, Detlev	WW .	
Drescher, Burkhard	NR	
Franke, Ferdi	Kontrollkom.	
Freimuth, Regine	NR	
Findorff, Bärbel	OWL	
Galla, Günter	WW	
Grahl, Jörg	Kontrollkom.	
Henseler, Hugo	OWL	
Mittelberg, Wilfried	Kontrollkom.	
Schwalk, Klaus	WW	
Seeck, Wolfgang	MR	
Sommerfeld, Elke	NR	
Verhoeven, Rainer	Kontrollkom.	

#### d) Antragskommission

Ebenfalls einstimmig bestätigt wurde die Antragskommission, der unter Vorsitz von Reinhard Grätz, Landesvorstand, nachstehende Mitglieder angehörten:

Becker, Heinrich	OWL
Brauer, Karlheinz	LV
Hein, Horst	OWL
Mernizka, Loke	WW
Meys, Werner	NR
Morawietz, Marie-Luise	NR
Nagel, Erhard	MR
Ridder, Ilse	L۷
Schultz, Reinhard	WW
Schultz, Volkmar	MR
Tenberg, Wolfgang	OWL
Tietze, Wolfgang	WW
Tonn, Rudi	MR
Zieling, Bärbel	NR

#### 5.Beschlußfassung über Tagesordnung und Geschäftsordnung

a) Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

- Eröffnung und Begrüßung Antje Huber
- Grußworte
- Konstituierung des a.o. Landesparteitages
  - a) Wahl des Präsidiums
  - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
  - c) Wahl der Zählkommission
  - d) Bestätigung der Antragskommission
- 4. Beschlußfassung über
  - a) Tagesordnung
  - b) Geschäftsordnung
- Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 6. "Sozialdemokratisches Handeln für unser Land" Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden Johannes Rau
- 7. Einbringung der Grundsätze sozialdemokratischer Kommunal- und Landespolitik für Nordrhein-Westfalen Christoph Zöpel
- 8. Generaldebatte
- 9. Behandlung der Anträge
- 10. Verabschiedung der Grundsätze
- 11. Schlußwort
- b) Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wurde in Ziff. 5. auf Antrag von Jürgen Büssow geändert und in der geänderten Fassung angenommen.
- Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des SPD-Landesvorstandes.
- Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
- Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.

- Zu den Grundsätzen fristgerecht eingereichte Anträge von Organisationsgliederungen sowie Anträge von Bezirksparteitagen werden vom Landesparteitag behandelt. Initiativanträge zum Landesparteitag bedürfen der Unterstützung von 30 Delegierten aus zwei Bezirken. Antragsschluß für Initiativanträge ist der 31. März 1984, 12.00 Uhr.
- 5. Die Redezeit für Antragsteller beträgt zehn Minuten. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten.
- 6. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort; die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
- 7. Berichterstatter können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
- 8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
- Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je einem Redner Gelegenheit gegeben worden ist, für oder gegen den Antrag zu sprechen.
- 10. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.

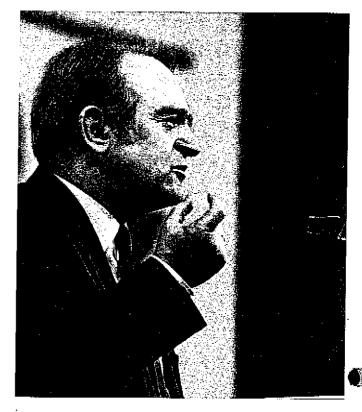
## <u>6.Bericht der Mandats-</u> <u>prüfungskommission</u>

Der Vorsitzende der Landeskontrollkommission, Rainer Verhoeven, erstattete den Bericht der Mandatsprüfungskommission wie folgt:

Ordentliche Delegierte/

Bezirke	eingelader	n/anwesend	/mit Buch
WW	143	143	137
OWL	31	26	24
NR	73	72	54
MR	53	42	34
LV	18	17	8

Von den insgesamt 318 eingeladenen ordentlichen Delegierten waren mithin 300 anwesend. Auf Antrag wurde den 34 ordentlichen Delegierten ohne Mitgliedsbuch das Stimmrecht zuerkannt. 7."Sozialdemokatisches Handeln für unser Land". Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden Johannes Rau



Grundsatzrede von Johannes Rau

Meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

ein außerordentlicher Parteitag - was kann er Außerordentliches bringen an Herausforderungen, an Ermunterung, an neuen Impulsen? Wir stehen vor drei Wahlen, und diese drei Wahlen sind drei große Chancen. Die SPD ist zuversichtlich, baut auf ihre Kraft und wirbt um Vertrauen. Und sie tut das für drei politische Felder: Wir wollen eine starke sozialdemokratische Fraktion in Europa. Wir wollen mehr sozialdemokratische Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte in unseren Gemeinden. Und wir wollen wie bisher klare Verhältnisse im Oüsseldorfer Landtag.

Soziale Politik gegen die Wende in Bonn setzen

Die drei Wahlen sind eine Chance, die Richtung zu bestimmen, Zukunft zu gestalten und soziale Politik gegen die Wende in Bonn zu setzen. Wenn ich das, was ich jetzt gesagt habe, vor 12 Monaten gesagt hätte am 31. März des vergangenen Jahres, dann hätte das wie Zweckoptimismus ausgesehen. Denn da waren wir dreieinhalb Wochen nach der schmerzlichen Niederlage bei der Bundestagswahl. Da gab es für viele einen Schock angesichts der 38,2 %, und ich wiederhole hier, was ich an vielen Stellen gesagt habe: Wer diesen 6. März für einen Betriebsunfall hält, der irrt. Denn nicht der Wechsel am 6. März des vergangenen Jahres war das große Zeichen. Die sozial-liberale Koalition in Bonn hatte bei manchen zu der Sinnestäuschung geführt, wir wären überall stark. Verloren haben wir aber schon rund 10 Jahre

eher, als München, als Frankfurt und Stuttgart verloren gingen. Und darum wiederhole ich: Die Erneuerung der SPD kommt aus den Ländern, kommt aus den Städten und Gemeinden der Bundesrepublik; aus den Städten und Gemeinden, wo Demokratie der Ernstfall der Bürgernähe ist. Und morgen wollen wir das in München erleben können. Unsere guten Wünsche sind bei Georg Kronawitter, dem die wenigsten zugetraut hätten, daß er beim ersten Wahlgang sofort vorne liegen würde, und dem wir zutrauen, daß er München eine gute Zukunft bringt. In Baden-Württemberg, wo mich das Ergebnis vor 6 Tagen enttäuscht hat, sind seit dem 6. März des vergangenen Jahres zusätzlich 17 sozialdemokratische Oberbürgewählt worden; in einem germeister Jahr 17 sozialdemokratische Oberbürgermeister. Genossinnen und Genossen, laßt Euch nicht von Baden-Württemberg beschämen, wir müssen die Meßlatte höher legen für den 30. September in Nordrhein-Westfalen.

Als wir vor neun Monaten unseren ordentlichen Landesparteitag hatten, wir die Aufgaben der SPD in Nordrhein-Westfalen beschrieben: Wir wollen die Regierungsverantwortung im Land fortsetzen, wir wollen politische Verantwor-tung in Städten und Gemeinden erhalten und ausbauen. Ich wiederhole als ein Beispiel: Köln halten und Düsseldorf gewinnen. Das ist schon ein Thema für Nordrhein-Westfalen. Manche philosophieren über die schwierige Rolle, die wir haben. Ich finde sie reizvoll: Regierungsverantwortung in Düsseldorf wahrzunehmen und gleichzeitig Teil der sozialdemokratischen Opposition gegen das Bonner Wendekartell zu sein.

Was ist seit diesem 6. März 1983 geschehen, was gibt uns solche Zuversicht? Vier Wahlen, in Hessen mit einem Zuwachs von 3,4 % für die SPD, in Bremen mit einem Zuwachs von 2 % auf einem hohen Sokkel, bei der Kommunalwahl in Bayern und bei der erwähnten Wahl in Baden-Württemberg. Das Fazit heißt: Die SPD gewinnt im Durchschnitt 2 % hinzu, die Parteien der Bonner Koalition verlieren im Durchschnitt 3 %. Das mag manchem noch zu wenig politische Bewegung sein, aber wenn wir einen außerordentlichen Parteitag halten und wenn wir nachdenklich sein wollen, dann müssen wir realistisch sehen, wie sich das politische Klima in der Bundesrepublik entwikkelt. Und da stellen wir fest: Selbst diese CDU-Verluste sind nicht automatisch SPD-Gewinne. Viele, viel zu viele Stimmen der Erst- und Jungwähler parken bei den Grünen. Hier ist viel Vertrau-

### Meßlatte liegt höher als in Baden-Württemberg

Köln halten und Düsseldorf holen

Erststimmen parken bei Grünen

## Offene Türen in unserer Partei

Unsere Politik läßt unsere Kohle nicht absaufen ensarbeit nötig, nicht irgendein grüner Anstrich, nicht den kleinen Gruppen nachlaufen, sondern deutlich machen: Die großen Fragen unserer Zeit müssen von den großen Parteien aufgenommen und glaubwürdig beantwortet werden. Das muß ausgehen von diesem Parteitag.

bayerische Ministerpräsident, mein dienstjüngerer Kollege – ein interessanter Mann, er ist jetzt Ende 60 und überlegt immer noch, was er mal werden könnte – hat ja viel geredet von der Notwendigkeit einer vierten Partei. Die gibt es inzwischen: Die FDP ist die vierte Partei in der Bundesrepbulik geworden; sie ist nicht mehr die dritte. Wir wollen nicht zuviel davon sprechen. Das ist offenbar, wie die Wahlergebnisse zeigen, eine reine Bundesminister-Erhaltungspartei, eine Partei ohne Basis. Und da liegt ein Auftrag an uns, eine Herausforderung für uns. Denn wer die FDP in ihrer Geschichte kennt, ihre prägenden Gestalten, ich nenne nur Thomas Dehler und Karl-Hermann Flach, der muß ja zweierlei wissen und sagen: l. Wir Sozialdemokraten müssen jetzt die Aufgabe wahrnehmen, den liberalen Rechtsstaat zu sichern gegen alle Angriffe und Übergriffe. 2. Wir müssen den Bürgern, den Wählern und denen, die bereit sind, sich in einer politischen Partei zu organisieren, zeigen, daß wir eine Partei der offenen Türen sind und daß die, die für den liberalen Rechtsstaat streiten wollen, bei uns ein Zuhause finden können.

Die Wahlergebnisse, von denen ich gesprochen habe, haben ein gemeinsames Signal: Sie zeigen, daß die Enttäuschung beginnt über einen Bundeskanzler, bei Kompetenz Wirtschaftsfragen in nicht einmal zu vermuten, geschweige denn zu erkennen ist. Wir Sozialdemokraten sind nicht die Bundesbedenkenträger. Wir freuen uns über die wirtschaftliche Entwicklung dieser Monate. Die Erholung ist uns willkommen wie das Frühlingswachstum. Und wir hoffen, daß daraus eine dauerhafte Erholung unserer Wirtschaft wird. Aber wer das realistisch einschätzt, der wird ja wohl sagen müssen, daß eine ganze Reihe der Indikatoren unsicher sind. Wir nicht, wie lange die derzeitigen Exportvorteile für die Bundesrepublik bleiben angesichts der Entwicklung des Dollars und des Yen. Wir wissen nicht, wie sich das extrem hohe Haushaltsdefizit Amerikaner langfristig auswirkt. kennen den Rückgang der Aufträge aus den OPEC-Ländern. Wir wissen von den Zahlungsproblemen vicler in der Dritten Welt. Und wir haben Sorge um die Auftragslage in der Bauindustrie.

fügen hinzu: Die schrecklichen Bilder über den Krieg im Mittleren Osten, die uns alle bewegen, müssen uns auch daran erinnern, daß die bisherigen Ölschocks nicht die letzten sein müssen. Da ist es wichtig, daß es eine Politik gibt, auch eine Energiepolitik, die heimische sichere Energie fördert schützt und die die Kohle in der Bundesrepublik nicht absaufen läßt. Wir fordern erneut und immer wieder, daß die Sicherung heimischer Energie nicht das Spezialthema des größten Bundeslandes bleibt, sondern daß alle Länder sich beteiligen an dem, was da an Kosten und Lasten zu tragen ist, so wie sie alle von den Erträgen einer solchen sicheren heimischen Energie profitieren.

Komme ich auf den sogenannten Aufschwung zurück, dann stelle ich fest, daß diese neue Bundesregierung durchaus faszinierende Akzente hat: Eine Bundesregierung, die es schafft, die höchste Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Bundesrepublik seit 1950 als Beleg dafür auszugeben, daß der Aufschwung da sei, ist entweder genial oder zynisch. Aber jedenfalls ist sie auf eine geniale Weise zynisch. Da kann man nur sagen: Das ist Propagandaarbeit.

Viele hier, vor allem die Bundestagsabgeordneten, erinnern sich sicher an die Debatte über das Mißtrauensvotum, als Helmut Kohl zu Helmut Schmidt sagte: "Sie sind der Bundeskanzler der Arbeitslosigkeit." Damals waren es 1,7 Millionen Arbeitslose, jetzt sind es 700.000 Arbeitslose mehr. Das ist der Auf-

# CDU-Propagandaarbeit ist genial-zynisch

Wer ist der Kanzler der Arbeitslosigkeit?



Ich kann nicht so fröhlich sein wie der Kanzler wirkt schwung. Und so gut die konjunkturelle Erholung sein mag – was auch die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen freut – wir Sozialdemokraten sagen: Uns kann jeder Aufschwung gestohlen bleiben, der nicht mehr Arbeit für die Menschen schafft, die von der Arbeit leben müssen, weil die Dividende nicht reicht.

Die Verantwortlichen in Bonn tun nichts. Ihre größte Leistung besteht in Anzeigenserien. Da wird vor der Wahl allen jungen Menschen ein Ausbildungsplatz versprochen und anschließend kriegen die Ministerpräsidenten die Briefe dieser jungen Menschen zugeschickt mit der Bitte um weitere Veranlassung. Zynischer geht es ja wohl nicht. Ich kann da jedenfalls nicht so fröhlich bleiben wie der Kanzler immer wirkt.



Nicht der Sozialstaat, die Arbeitslosigkeit ist zu teuer!

Der Berg der ungelösten Probleme wird immer größer. Die objektiven Belastungen der Umwelt steigen trotz aller Erfolge in Einzelbereichen, die wir gerade hier in Nordrhein-Westfalen woh1 vorstellen können und die wir selbstbewußter vorstellen sollten. famose Bundesinnenminister gefällt sich in wohlfeilen Ankündigungen, um dann schnell auf Verschiebung oder Zeitgewinn zu setzen, wenn es konkret wird und wenn besonders behütete Interessen bewahrt werden sollen. Der Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes ist löst, den Männern und Frauen in der Hinterbliebenenversorgung Gleichbehandlung zuzugestehen. Die langfristige Sicherung der Rente ist nicht erreicht. Und was unter dem Stichwort "Sozialreform"

läuft, erkennen wir Sozialdemokraten als eindeutigen und einseitigen Sozialabbau. Wir sagen: Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern die Arbeitslosigkeit ist zu teuer! Das ist das Problem.

Ich erinnere mich der Erregung, als das Wort der "Umverteilung von unten nach oben" zuerst gesprochen wurde. Aber seht es Euch an. Das ist nicht nur eine Umverteilung von unten nach oben, es ist auch eine Umverteilung zu Lasten der Frauen in der Gesellschaft. Beim Sozialabbau beim Mutterschaftsgeld, bei der Alterssicherung, beim hohen Anteil der Frauenarbeitslosigkeit müssen wir Sozialdemokraten zeigen, auf welcher Seite wir stehen.

Und wenn es wahr wird, was wir gestern und heute in den Zeitungen lesen konnten über die Pläne Gerhard Stoltenbergs, dann sage ich schon heute: Mit uns gibt es keine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die nur eine neue Lastenverschiebung von oben nach unten wäre. Wir geben uns nicht dafür her, daß ständige Steuererhöhungen für breite Bevölkerungsschichten vorgenommen werden, damit man die Steuergeschenke an die Großverdienenden beibehalten oder erhöhen kann. Wir machen nicht mit dabei, den Arbeitnehmern und den Familien mit der einen Hand publikumswirksam das gegeben wird, was ihnen mit der anderen Hand wieder aus der Tasche gezogen wird. Bei uns gibt es keine Zustimmung für ein Paket, bei dem die Einkommen zwischen DM 70.000,-- und 120.000,-- besonders entlastet werden; wir brauchen eine Entlastung der unteren und der mittleren Einkommen. Mit uns wird es keine Anhebung der Kinderfreibeträge geben, bei denen die Kinder der Reichen offenbar mehr Wert haben als die Kinder der kleinen Leute. Wir mögen die Spiele um das Familiensplitting nicht, sondern wir rufen noch einmal alle Verantwortlichen auf, das eigentliche Kindergeld für alle zu erhöhen, statt denen mit den großen Einkommen mehr zu geben. Mit uns wird es auch keine steuerlichen Entlastungen geben, mit denen der Bund versucht, sich zu schmücken als der, gibt, während er in Wirklichkeit den Ländern und Gemeinden nimmt, was sie brauchen, um ihrem Auftrag nachzukom-

Ich gehe ein Stück weiter, Genossinnen und Genossen: Ich glaube, daß die, die Arbeit haben, bereit wären, auf eine Korrektur der Steuertarife für eine Zeitlang zu verzichten, wenn sie merkten, daß das Ersparte dazu benutzt wird, Arbeitsplätze zu schaffen und zu

Bonn verteilt auch zu Lasten der Frauen um

Kinder der Reichen sind nicht mehr wert als die der kleinen Leute

## Arbeitnehmer werden auch die soziale Demontage verhindern

sichern. Dafür werden wir den Kampf gegen ungerechte Steuervorteile bis zur Ermüdung fortsetzen. Wir werden nicht aufhören, die Auswüchse beim Bauherrenmodell anzuprangern und zu sagen, daß wir da nicht mitspielen.

Wenn ich mir das Bild. der CDU in den letzten Jahrzehnten ansehe, wenn ich mir das ganze Bücherbord ansehe, in dem da familienpolitische Grundaussagen gemacht werden, dann frage ich: Wo bleibt die Glaubwürdigkeit der CDU in der Familienpolitik? Ich habe gelegentlich Eindruck, Norbert Blüm ist gar nicht für Politik vorgesehen, der ist für die Tagesschau abgestellt, sonst würde er sich durchsetzen mit einigem, was er da sagt. Die Steuerentlastung für Familien ist wieder angekündigt, aber wieder nach dem Grundsatz, daß die Mehrverdienenden stärker entlastet werden sollen als die anderen. Wir erleben eine Familienpolitik, bei der kann einem Hören und Sehen vergehen. Da wird Schülerbafög gestrichen, als ob es in den 80er Jahren micht genauso wichtig wäre wie in den 70er Jahren, daß Arbeiterkinder studieren können und daß die Entscheidung über den Lebensweg eines jungen Menschen nicht von der Berufsangabe des Vaters auf der Geburtsurkunde abhängt. Da wird Sozialhilfe gekürzt, das Mutterschaftsgeld gekürzt, aber die Mehrwertsteuer, an der die Familien nun wirklich beteiligt sind, wird erhöht. Nein, soziale Demontage darf nicht die Leitlinie werden. Die Arbeitnehmer an Rhein und Ruhr haben schon einmal die Demontage verhindert, sie werden es wieder tun.

Liebe Freunde, ich wollte zur gegenwärtigen Bundesregierung nicht viel sagen, es fällt einem ja auch nicht viel ein. Aber aktuelle Zeitungsmeldungen veranlassen mich zu sagen: Ich war in den letzten Wochen gelegentlich in der Situation, wo der Bundesverteidigungsminister mir richtig leid tat. Wenn man die Turbulenzen da miterlebte – und es konnte einem ja schon die Galle die Funktion des Gehirns übernehmen -, wenn man sich vorstellt, daß wir in einem Staat leben, dessen Grundgesetz beginnt mit dem Satz "Die Würde des Menschen ist unantastbar", – und dann passieren solche Dinge, wie sie unter der Verantwortung Wörners passieren. Bloß eins muß Herr Wörner sich merken: Den Kölner Polizeibeamten jetzt auf einmal die Schuld zuzuschieben, das ist selbst unter –seinem Niveau; da spielen wir nicht mit.

Was mich an dieser Bundesregierung wirklich stört, das ist, daß sie das sozia-

Gleichgewicht nicht erkennt und nicht hält, daß sie die Lasten einseiden Arbeitnehmern aufbürdet und ständig Opfer verlangt. Das ist nicht bloß die Frage nach der Behandlung der sozialdemokratischen Stammwählerschaft, das ist nicht nur ärgerlich. Wenn ich mir die gegenwärtige tarifpolitische Auseinandersetzung ansehe, dann frage ich: Wissen die Verantwortlichen in Bonn, daß man den sozialen Konsens auch verbal zerstören kann? Wissen nicht, daß sozialer Friede auch ein Produktionsfaktor ist? Und daß deshalb eine Bundesregierung sich nicht dazu hergeben darf, einseitige Interessen, einseitige Standpunkte in Tarifauseinandersetzungen zu übernehmen? Wer sich zum Lautsprecher von einseitigen Interessen macht, der kann dann, wenn es ernst wird, nicht vermittelnd zur Vernunft mahnen.



Aber ich sage noch einmal, was ich am Anfang gesagt habe: Täuschen wir uns nicht, die Enttäuschung über die Poli-tik der Bundesregierung, die allgemeine Erkenntnis zu werden scheint, ist noch kein Carantieschein dafür, daß aus begründeten Stimmungen gegen diese Bundesregierung und gegen ihre falsche Politik nun Stimmen für die Sozialdemokraten werden. Wir dürfen nicht kurzatmig meinen, das Versagen der Konservativen entlasse uns aus der Verpflichtung, bessere sozialdemokratische Antworten zu suchen auf die Herausforderungen der Zukunft und da, wo wir Verantwortung tragen, sie nach Kräften umzusetzen. Das ist auch gut so, denn von uns Sozial-

# Sozialer Friede wird verbal zerstört

Von uns wird mehr erwartet als von den versagenden Konservativen Friedenssehnsucht umsetzen in Friedenspolitik demokraten wird mehr erwartet als von den Konservativen. Und wir müssen auch andere Ansprüche an uns selber stellen als die, denen es nur um Machterwerb und Machterhalt geht.

diesen drei Wahlen sagen wir: Nordrhein-Westfalen hat eine gute Zukunft, wir gestalten sie. Dabei muß uns keiner darauf hinweisen, daß wir nicht in einem Raumschiff leben, daß wir ein Land sind in der Mitte Europas, daß die internationalen Rahmenbedingungen Einfluß auf unser Handeln haben. Da wird auch ein solcher außerordentlicher Parteitag nicht daran vorübergehen und sehen, daß die Verhandlungen in Genf gescheitert, in Wien ins Stocken geraten sind, daß Stockholm in Routine zu erstarren scheint und daß offenbar die Verantwortlichen zu wenig begreifen, daß diese ganze Welt eine Lebens- und eine Überlebensgemeinschaft ist, daß sie zu wenig Reaktion auf die Friedenssehnsucht der 🖤 Menschen zeigen. Wer wollte sie ignorieren? Wir jedenfalls nicht. Und die Massendemonstrationen im Herbst 1983 mögen manchem aus der Erinnerung entschwunden sein. Mir nicht, aus vielen Gründen nicht. Erstens, weil ich stolz darauf bin, daß wir in Nordrhein-Westfalen gezeigt haben, daß Demonstranten und Polizisten keine Gegner sein müssen und daß man für den Frieden friedlich demonstrieren kann - ohne Gebühren! Und zweitens deshalb nicht, weil es unser Auftraq bleibt, Friedenssehnsucht umzusetzen in Friedenspolitik.



Da gibt es auch ermutigende Zeichen. Ich will es nicht zu fröhlich sagen. Aber stellt fuch einmal vor, vor 10 Jahren hätte jemand hier bei einer Veranstaltung vorhergesagt, wer in den ren 1983 und 1984 alles zu Honnecker fahren würde, wer da Kredite vermitteln würde. Ich glaube, wir hätten ihm fachärztliche Beratung angeraten. Und dennoch sage ich, wir freuen uns darüber. freuen uns darüber, daß in der Deutschlandpolitik, in der innerdeutschen Politik offenbar die Mauer durchlässiger wird und daß es gemeinsame In-teressen in beiden deutschen Staaten gibt. Wir verbergen nicht, daß das vielleicht alles ein bißchen früher möglich gewesen wäre, wenn die jenigen, die sich dafür eingesetzt haben, nicht als die "Fünfte Kolonne Moskaus" diffamiert worden wären. Und ich füge hinzu, vielleicht wäre auch Europa ein bißchen weiter, wenn Helmut Kohl nicht erst jetzt zu Mario Suarez gefahren wäre und Felipe Gonzales nicht erst jetzt nach Bonn eingeladen hätte – und wenn es nicht so viele Polit-Touristen gegeben hätte, die sich zu oft und zu intensiv bei Franco, bei Salazar und bei griechischen Obristen zu Hause gefühlt hätten. Was die innerdeutsche Politik angeht, so ist Behutsamkeit und Beharrlichkeit am Platze. Keiner soll glauben, die Gegensätze wären weg oder verwischt. Aber wir sollten miteinander dies Beharrungsvermögen haben, und wir sollten uns nicht schämen zu sagen: Wir sind froh darüber, daß die gegenwärtige Bundesregierung endlich das tut, wofür sie uns jahrelang diffamiert hat.

Was Europa angeht, so weiß ich, daß hier viele sitzen, Genossinnen und Genossen, die sich schwertun mit dem Europawahlkampf. Das gilt nicht nur für Sozialdemokraten, das gilt für alle, wenn man die Fehlschläge auf den Gipfeln sieht. Aber ich denke, dennoch muß es dabei bleiben und dennoch müssen wir uns dafür einsetzen: Europa braucht eine gute Zukunft und die Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen brauchen ein starkes Europa. Dieses Europa hat viele Gesichter, und alle Europäer müssen sich gemeinsam auf ihre Kräfte besinnen. Auch deshalb, damit wir gegenüber den Großmächten, den befreundeten und den anderen, mit deutlicher, mit klarer Stimme sprechen und damit nicht Wellensalat nach drüben kommt. Europa, dieses Europa der vielen Gesichter hat auch für uns in Nordrhein-Westfalen ein bestimmtes Gesicht. Und darum gehen wir nicht mit Euphorie in die Wahl zum Europäischen Parlament, aber mit klaren Vorstellungen: Wir wollen, daß Schluß ist

### Froh über die CDU-Wende in der Deutschlandpolitik

Europa braucht eine gute Zukunft

mit dem Subventionswettlauf. Wir wollen eine Agrarpolitik, die man den Menschen wieder erklären kann. Ich kann es ihnen nicht erklären, daß Zigmillionen ausgegeben werden für Lebensmittelvernichtungsmaschinen, während jeden Tag 40.000 Kinder auf der Welt an Hunger sterben, weil die Politik das Problem nicht lösen kann, wie man die Lebensmittel zu denen bringen kann, die sie brauchen.



Schutz für kleine Landwirte nötig

Dank an die Vernunft der SPD-Fraktion Wir Sozialdemokraten haben unsere Stamm-wähler nicht im großen Maße in der Gruppe gehabt, für die der Freiherr von Heereman im Bundestag sitzt. Aber das will ich hier doch ganz gerne sagen und sagt es bitte weiter in den Ortsvereinen und Unterbezirken: Wir machen keine Agrarpolitik mit, die auf dem Rücken der kleinen Landwirte ausgetragen wird und die eine Politik ist zugunsten der großen Agrarfabriken in Europa. Wir wollen die kleinen Landwirte geschützt wissen, damit sie nicht zu Sozialhilfeempfängern werden.

Ich habe am Anfang von der internationalen Wirtschaftslage gesprochen, und es muß darüber geredet werden, wie sie sich auf uns auswirkt, welche Konjunktureinbrüche wir erlebt haben und wie sich bei uns die Arbeitsverluste niedergeschlagen haben. Auch davon, wie Nordrhein-Westfalen mit seinen beschränkten Handlungsmöglichkeiten gegensteuert. Dazu sind Kreditaufnahmen unerläßlich, denn sie finanzieren Investitionen für die Zukunft. Aber dazu ist auch Haushaltskonsolidierung unerläßlich. Dar-

über haben wir in Duisburg lange miteinander gesprochen: Konsolidierung mit Augenmaß und mit Stetigkeit, nicht blind
drauflos sparen und dennoch schmerzliche Einschnitte nicht nur hinnehmen,
sondern durchführen. Ich denke, Genossinnen und Genossen, ich darf einmal
der Landtagsfraktion dafür danken, daß
sie mit der Regierung diese schwierigen
Jahre gegangen ist und daß sie soviel
Vernunft bewiesen hat, obwohl es in den
Ortsvereinen und in den Wahlkreisen andere Stimmungen gab, was die Ausgabenpolitik des Landes anging.

Wir haben versucht, Schwerpunkte zu setzen. Einen Schwerpunkt würde ich Euch gern noch einmal nennen, weil ich glaube, er ist nicht bekannt genug: Wir haben 235 Mio. DM in diesem Jahr in einem Sonderprogramm zur Verfügung gestellt, damit 20.000 junge Menschen einen Ausbildungs- und einen Arbeitsplatz bekommen. Wir hätten das Geld auch für Anzeigenserien ausgeben können. Wir haben es äusgegeben, damit junge Menschen Arbeit finden. Wir haben ein Umweltprogramm vorgelegt, das erste geschlossene, das beste unter allen Bundesländern - eine Steigerungsrate in diesem Bereich von nahezu 10 % bei einem Volumen von 870 Mio. DM. Und wir gehen jetzt zu auf eine Initiative "Zukunftstechnologien", die unser Land braucht. Wir wissen: Der Weg in die Zukunft, der Weg zum modernen Nordrhein-Westfalen führt nur über aktives staatliches Handeln, über Handeln, das Arbeit und Umwelt nicht als Gegensätze sieht, sondern als die zwei Seiten einer Medaille.

Wir stehen vor einer dritten industriellen Revolution, die Stichworte kennen wir alle: Micro-Elektronik, Computerisierung, Industrieroboter, Biotechnolo-gie. Wir wissen, das führt zu veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen, besonders in alten Industrieregionen und -branchen. Und wir müssen und wir werden den bisherigen Strukturwandel fortsetzen und damit besser bestehen als vergleichbare Regionen. Wir werden die Chance nutzen, Modernisierung fortzusetzen. Wir haben eine gute Ausgangsposition, und unsere Zuversicht hat Gründe. Denn das darf kein Spruch bleiben: Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht die Menschen für die Wirtschaft. Das muß auch bei der Zukunftstechnologie beachtet werden.

Zu diesen Gründen der Zuversicht gehört die industrieerfahrene Arbeitnehmerschaft, gehören verantwortungsbewußte Gewerkschaften, gehören 450.000 kleine Weg in die Zukunft führt über aktives staatliches Handeln

Wirtschaft ist für die Menschen da. Und nicht umgekehrt. Neo-Konservative beten gesund statt nüchtern zu urteilen

Dauerarbeitslosen droht Armut

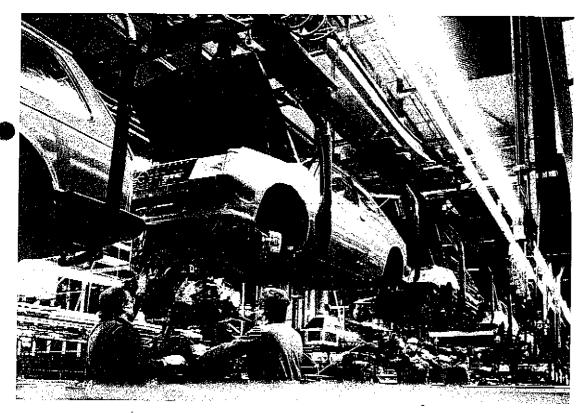
Weiterbildungsgesetz verbessert Chancen der Arbeitnehmer und mittlere Unternehmen und gehört eine Infrastruktur bei Verkehr, Bildung und Kultur, wie sie keine andere Region aufzuweisen hat.

Auf dieser Grundlage sagen Recht: Unser Land hat eine gute Zukunft. Wir teilen weder den blanken Optimismus der Neo-Konservativen, die vor lauter Gesundbeterei zur nüchternen Betrachtung nicht mehr fähig sind, noch den sauertöpfischen Zukunftspessimismus derer, die ständig schwarz sehen. Weder Hans-guck-in-die-Luft noch Kassandra sind Mitglieder der SPD. Wir Sozialdemokraten stellen uns der Zukunft, tern abwägend, aber vor allem entschlossen, durch unser Handeln dazu beizutragen, daß Politik das erreicht, was ihr einziger Sinn ist: das Leben der Menschen jeden Tag ein bißchen menschlicher zu machen.

Und dabei wissen wir, in den Jahren, die vor uns liegen, wird uns keine Frage so beschäftigen wie die nach der Zukunft der Arbeit. Ich muß die aktuellen Arbeitslosenzahlen nicht wiederholen. nachdenkliche Frage, die Hanneh Arendt vor Jahrzehnten gestellt hat, ob der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehe, bestimmt viele Diskussionen. Ērkenntnis, daß sich die Schere zwi-schen Poduktivität und Produktion weiter öffnet und daß damit weiterer Abbau von Arbeitsplätzen stattfindet, ist ein Gemeinplatz. Junge Menschen spüren das und fragen uns danach. Es gehört zu den Widersprüchen unserer Zeit, daß einerseits die Mehrheit unserer Bürger in einem bisher nicht erreichten Wohlstand lebt, daß andererseits eine wachsende Zahl, vor allem die Gruppe der Dauerar- 👹 beitslosen, in Armut gerät. Daß einerseits unserd Gesellschaft einen riesigen Bedarf an Arbeitsleistungen hat, im Umweltschutz, bei der Erhaltung und der Erneuerung unserer Städte, beim sparsamen Umgang mit Energie und Rohstoffen, den sozialen Diensten, und gleichzeitig immer mehr Frauen und Männer arbeitslos werden.

Unsere Politik muß deshalb dazu beitragen, die Wirtschaftsstruktur den veränderten weltweiten Bedingungen anzupassen, neue Technologien sozial und gesellschaftlich verträglich zu gestalten, neue technische Entwicklung in ihrem Ziel, in ihrem Tempo und ihrem Umfang mitzugestalten. Wir müssen gleichzeitig für mehr Demokratie in der Arbeitswelt sorgen. Dazu gehören die Sicherung und der Ausbau der Mitbestimmungsrechte. Dazu gehört die Mitgestaltung der technischen Entwicklung durch

die Arbeitnehmer. Dezu gehören mehr Informationsmöglichkeiten der Arbeitnehmer, dəmit nichts übergestülpt wird, weder betrieblich noch sektoral. Dazu gehört eine gezielte Qualifikationsförderung, dazu gehört eine berufliche Ausund Weiterbildung. Und darum sage ich, gegen alle Briefaktionen: das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz kommt. weil wir es uns in den Kopf gesetzt haben, sondern weil die Arbeitnehmer in unserem Lande besser ausgebildet sein müssen und mehr Chancen haben müssen. Auch um der Wirtschaft willen, wird man es nur sehr spät erkennen.



Für uns gehört Arbeitszeitverkürzung, und eine Entschließung macht das deutlich, zu den Mitteln gegen die Arbeitslosigkeit, wohl wissend, daß sie damit. noch nicht abgeschafft ist. Denn der Weg in die dritte industrielle Revolution darf ja nicht bloß ein Weg für wenige sein. Eine Arbeitsmarktpolitik, die die Arbeitszeit für mehr als ein Zehntel auf Null verkürzt, die wollen wir nicht, weil sie zynisch, unmenschlich und zú teuer ist. Die Arbeitslosigkeit hat im letzten Jahr 55 Milliarden DM gekostet. Dieses Geld ist wahrlich sinnvoller zu verwenden, und wir müssen sagen: Wer ja sagt zu modernen Technologien, der muß auch ja sagen zur Arbeitszeitverkürzung, sonst wird die Arbeitslosigkeit noch viel schrecklicher und moch viel unmenschlicher als sie ist. Sonst entsteht Gefahr für den sozialen Friedon. Darum fordere ich die Arbeitgeberverbände noch einmal auf, Herrn Esser, Herrn Rodenstock und wie sie alle

Arbeitsmarktpolitik ist zynisch und teuer

# Zu Friedensinitiative für die Natur sammeln

Gülle-Verordnung aus Sorge um das Wasser

Wir treten für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein heißen, aus den Tabugräben herauszukommen und nicht bloß die gleichen Antworten zu geben wie vor drei Jahren!

Frieden gehört auch der Friede mit Natur. Entgegen manchem Augen- $\operatorname{der}$ schein, entgegen mencher veröffentlichten Meinung ist Nordrhein-Westfalen ein Vorreiter für andere Bundesländer. Denn haben früh erkannt: Umweltschutz kein Jobkiller, sondern eine nötige Voraussetzung dafür, daß die Wirtschaft eine menschliche Perspektive bekommt. Wir müssen es den Arbeitnehmern und Unternehmern immer wieder sagen: will, daß dieses Wirtschaftssystem zeptiert wird, der muß den Umweltschutz auch zu einem Wirtschaftsfaktor machen und darf nicht das Gegeneinander vom Arbeitsplatz und Umweltschutz zum Thema machen. Darum sollten sich die Parteien und die Bürgerinitiativen in einer Friedensinitiative für die Natur sammeln. Und darum sollten wir Nordrhein-Westfa- 🐠 len deutlich machen: Der Waldpfennig ist nicht unsere fixe Idee, sondern da geht es darum, daß das Verursacherprinzip und das Gemeinlastprinzip zueinanderkommen und daß endlich gehandelt wird.

Wir reden jetzt von den sterbenden Wäldern. Es könnte sein, daß wir eines Tages sehr viel lauter reden müssen von der Sorge um das Wasser. Ich denke, darum ist es gut, daß es die Gülle-Verordnung gibt, daß es einen Vorrang gibt für dezentrale Versorgung, daß wir die Wasserrechte diskutieren und daß wir ohne Panikmache dafür sorgen, daß das Thema Wasser in den nächsten Jahren sehr viel bewußter diskutiert wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, in den Vorankündigungen zu diesem Parteitag habe ich gelesen, einer der Hauptstreitpunkte würde die Medienpolitik sein. Es ist richtig: die Sozialdemokraten versuchen hier eine neue Kursbestimmung. Und die Grundsätze, die wir heute zu diskutieren und – wie ich hoffe – zu verab– schieden haben, sind ein gewichtiger Einschnitt. Es gibt neue Akzente. Aber wir müssen dafür sorgen, daß die Dämme nicht brechen. Wir sperren uns aus Gründen der technischen Entwicklung und der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nicht mehr grundsätzlich gegen die Zulassung privater Rundfunkveranstalter, aber wir geben damit die gründeten Vorbehalte nicht auf. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist bleibt ein unverzichtbares Element unserer demokratischen Kultur und Medienordnung. Auch wenn uns manche Sendungen nicht passen, werden wir für diesen öf-

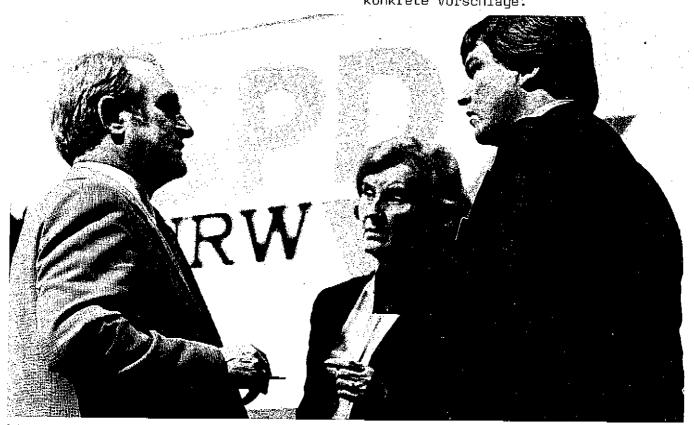


fentlich-rechtlichen Rundfunk eintreten gegen alle Kampagnen. Denn er garantiert Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt, gesellschaftliche Verantwor-tung und Offenheit des Zugangs besser und wirksamer als jede andere Organisationsform. Er leistet einen wesentlichen Beitrag zur Kultur unseres Landes. Und darum ist er ein unverzichtbares Gegengewicht zur privatwirtschaftlichen Presse. Diesen Rundfunk für alle müssen wir auch künftig sichern und fortentwikkeln. Aber wir können ihm die private Konkurrenz nicht mehr vom Leibe halten. Die unionsgeführten Länder werden privaten Rundfunk zulassen, und vom Ausland werden kommerzielle Programme in die Bundesrepublik einstrahlen. Die Bundesregierung stützt und sichert diese Entwicklung auf internationaler Ebene. Die deutsche Bundespost liefert die Infrastruktur für Transport und Empfang neuer Programme, sie verkabelt unser Land ohne Rücksicht auf Nachfrage und Verluste. Jeder, der den Telefonhörer aufnimmt, um jemanden anzurufen, und der den anderen erreicht, hat ein Stück Kabel subventioniert. So ist die Politik des Mannes, dessen Doppelname Schwarz-Schilling ist. Und da stimmt vor allem die erste Hälfte. In diesem Jahr erreichen uns die ersten Satellitenprogramme. Die Post bietet in den nächsten drei Jahren über 15 fernsehtaugliche Satellitenkanäle. Und deshalb geht es jetzt darum, ob wir unter veränderten gesellschaftlichen und politischen Bedingungen handlungsfähig bleiben und ob wir bei erkennbaren Entwicklungen ein Höchstmaß an soziældemokratischen Vor-

Wir wollen steuernd Einfluß nehmen Kongreß prägt Leitlinien unserer Medienpolitik stellungen verwirklichen können. Wir müssen Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen, wenn wir steuernd Einfluß nehmen wollen. Wer hier stehenbleiben will, der verrät ein falsches Politikverständnis.

Für mich sind folgende Grundsätze unverzichtbar:

Der Rundfunk erfüllt eine kulturelle Aufgabe. Er darf nicht als bloßes Mitprivater Gewinnerzielung dienen. Bei der Nutzung der neuen Technologien müssen der Bestand des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die wirtschaftliche Existenzgrundlage der Presse gesichert werden. Der Rundfunk muß ein brei-Spektrum an Information, an Bildung und Unterhaltung anbieten. geht vor Quantität. Und auch in den neuen Programmangeboten muß die Vielfalt der Meinungen möglichst breit und vollständig Ausdruck Finden. Wir sagen Nein zu regionalen und zu lokalen Doppelmono- 🍿 polen. Ich hoffe, daß wir noch vor der Sommerpause die Leitlinien für ein Landesmediengesetz vorlegen können. wollen dann darüber eine breit angelegte Diskussion mit allen gesellschaftlichen Gruppen und Kräften führen, und ich stelle mir vor, daß wir diese Leitlinien dann auf einem medienpolitischen Kongreß der SPD diskutieren. Ich wünsche mir von den heutigen Diskussionen und Gesprächen Hinweise, Anregungen und konkrete Vorschläge.



NRW-CDU gibt Landesinteressen preis

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere landespolitischen Gegenspieler zeigen sich Tag für Tag unfähig zur Gestaltung

der Zukunft unseres Landes. Das liebste Thema der CDU in Nordrhein-Westfalen sind Personaldiskussionen in den eigenen Reihen und Versuche, Personaldiskussionen bei anderen in Gang zu setzen. Dabei ist die CDU in einem für uns im Landtag jederzeit erkennbaren Dilemma. Sie macht das so, daß sie dabei nicht die Regierung angreift, sondern Landesinteressen aufgibt. Dafür gibt es viele, viele bedrückende Beispiele. CDU-Politik kann den Bürger in Nordrhein-Westfalen teuer zu stehen kommen. Wir wissen doch noch, wie Bernhard Worms beim Stahl von sich aus die 50%ige Beteiligung des Landes anbot und damit 500 Millionen Landesmittel aufs Spiel setzte. Wir wissen doch noch, mit welchen Methoden und mit welchen Durchstechereien Versuch gemacht worden ist, in der Frage des Klinikums den Bund dazu zu bringen, uns zu verklagen.

Was das Klinikum angeht - ich würde darüber gerne sehr lange reden. Unter anderem deshalb, weil ich glaube, erstens, daß ich stolz sein kann auf das, was ich da an Mitwirkung geleistet habe. Zweitens: Weil ich glaube, eines Tages werden die Väter alle genannt. Was da jetzt stattfindet von manchen Politikern, das ist ein Fall politischer Kindesaussetzung. Wir werden die Väter alle nochmal nennen, allesamt. Drittens: Weil ich meine, bei aller Differenzierung unseres Krankenhauswesens - und keiner würde in den 80er Jahren noch so bauen, wie in den 50er Jahren von allen gedacht wurde -, ich finde es richtiger, daß wir Hochleistungsmedizin haben, damit jeder mit schweren Krankheiten seine Chance bekommt und nicht nur der, der die Tickets in die Vereinigten Staaten zur Mayo-Klinik bezahlen kann.

Ich habe in diesen Tagen in einer Meldung gelesen, daß der Oppositionsführer gesagt hat, ich sei nicht mehr der Ministerpräsident aller Bürger wegen des Programms, das Euch vorliegt und das Christoph Zöpel heute nachmittag erläutern und in das er einführen wird. Und dann hat er da bestimmte Worte rausgenommen, z.B. das Wort "kriegswissenschaftlich". Ich würde ganz gern in gebührendem Abstand vor allen Wahlen sagen: Ich verbitte mir moralische Belehrungen von der CDU in Fragen des Wahlkampfstils und der Wahlkampfführung, solange Heinrich Geißler noch in der Bundesregierung ist. Generalsekretär, Familienminister – das müßte etwas mit Harmonie zu tun haben, Gesundheitsminister – das müßte etwas mit Hygiene zu tun haben, und in Wirklichkeit hat er nichts als ein Schimpfwörterlexikon. Überlegt Stolz auf Wirken für das Klinikum

"Verbitte mir moralische Belehrungen von der CDU" Uns bemühen um mehr Zustimmung bei jungen Menschen mal, was der in einem Jahr alles gesagt hat, wie oft das Wort "Lüge" - das kann man gar nicht mehr zählen - "Verbrecher", "unanständige Deutsche", "5. Kolonne Moskaus". Ich glaube, der hat mal eine Kur gemacht, Fango-Packungen bekommen, und jetzt glaubt er, Schlamm heilt und Dreck hilft. Das gilt aber nicht in der Politik. Und im übrigen, wer so redet - übrigens kalt kalkuliert und nicht im Zorn -, der sollte, bevor er ans Mikrofon geht, zum Amtsgericht gehen und das Wort "christlich" aus dem Parteinamen streichen lassen. Soviel zu den Ermahnungen an uns, die die Opposition uns zugeschrieben hat.

nun ein Wort, von dem ich hoffe, daß es uns alle nachdenklich macht; mit Blick auf das, was ich am Anfang gesagt habe: daß CDU-Verluste nicht automatisch SPD-Gewinne werden. Da gibt es die jungen Menschen, und im Augenblick lesen -wir die Analysen aus Tübingen und 🕼 aus Freiburg und aus anderen Städten und stellen fest, da parken viele bei den Grünen. Was sagen wir denen? Haben die Chance, sie zu erreichen und sie zu gewinnen? Ist das nicht eine Anstrengung wert? Und zwar, Genossinnen und Genossen, auch eine Anstrengung, die uns angesichts der Ungeduld junger Menschen oft schwer fällt. Und müssen es nicht trotzdem tun? Man muß sich das mal vorstellen: Wer heute 18 ist, wird bei normaler Lebenserwartung das Jahr 2040 erleben – ein solcher junger Mensch fragt uns nach dem Frieden, nach dem Umweltschutz. Der fragt uns damach: Wie wollt ihr diese Welt regierbar halten? Daß der nicht in unseren Ritualen denkt und empfindet, das kann ich gut nachvollziehen.Ich kann gut 🕼 verstehen, daß da welche sind, die die Aufbaujahre nicht mitbekommen haben, die weder den Krieg noch die Diktatur am eigenen Leibe erlebt haben, daß die sich schütteln, wenn sie den Erschöpfungszustand der Natur erleben und die Schwierigkeit der Sicherung des Friedens sehen. Deshalb müssen wir - nicht mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern auf jede uns mögliche Weise, bei der nicht nachplappern, was die sagen – uns bemühen um mehr Zustimmung bei jungen Menschen. Und wir müssen ihnen klar machen – wir müssen ihnen deutlich machen: Das Lebenswerk von Willy Brandt und von Helmut Schmidt hat mehr für den Frieden crbracht als ein paar Demonstrationen von ein paar Grünen auf dem Alexanderplatz oder in der Türkei. Das muß uns als Botschaft bewegen.

Aber wir müssen ihre Zukunftssorgen ernst nehmen, ohne sie hochzureden. Wir



müssen auch denjenigen widersprechen, die meinen, intellektuell sei nur überzeugend, wer Angst macht und wer nichts mehr schön findet und wer keine Emotionen mehr weckt. Ich frage unsere Partei: Haben wir eigentlich vergessen, daß der Mensch auch Sinne hat? Ich denke an den Abend, den wir verbracht haben mit 12.000 jungen Leuten. Der ist nicht so rüber gekommen, öffentlich weil der Dietmar Schönherr de einen unsinnigen Satz gesagt hat - da waren 12.000 und mehr junge Menschen in der Cruga-Halle, es ging um Chile und Nicaragua. Ich werde das Gefühl nicht los. wir müßten vieles tun miteinander, um diese jungen Menschen zu gewinnen. Und hier habe ich an die Jungsozialisten die Bitte, sich dieser Aufgabe anzunehmen!

Laßt mich bei dieser Gelegenheit sagen: Viele haben es gelesen, ich mache hier keine Werbung, Werbung für ein pornographisches Krippenspiel, Absender Der Vorsitzende der Jungsozialisten hat dazu eine Erklärung abgegeben. Ich will sie auch abgeben, damit nicht bestimmte Leute glauben, sie könnten daraus leinen Dauerbrenner machen. Ich habe diesen mißlungenen Versuch einer Satire auch gelesen. Ich finde es schäbig, mies. Das hat auch kein Niveau und verletzt die Gefühle der Menschen, die religiösen Gefühle von Menschen, meine religiösen Gefühle auch. Und darum sage ich hier ein ganz hartes Nein zu solchen Texten; ein ganz hartes Nein. Ja, manche kennen den Text nicht. Ich wollte auch nicht für ihn werben. Lest ihn

#### Emotionen wecken und Sorgen ernst nehmen

#### Glaubwürdigkeit im Sinne Heinemanns

"... von Koalitionen die Nase voll!"

Die Probleme Schritt für Schritt lösen nicht; es ist vertane Zeit. Aber ich füge hinzu, und da stimme ich dem Landesvorsitzenden der Jungsozialisten auch deutlich zu: Wenn ein junger Mensch geschmacklos wird und so etwas in eine Schülerzeitung setzt, was ein Berliner Kabarett sich hat abgehen lassen, dann muß man darauf nicht mit Disziplinarmaßnahmen antworten, sondern mit Pädagogik und glaubwürdigen Erwachsenen. Denn Glaubwürdigkeit ergreift auch junge Menschen. Keiner hat uns das deutlicher gezeigt als Gustav Heinemann, ein Bürger unseres Landes.

Liebe Freunde, es gehört keine Prophetie dazu anzunehmen, daß in den nächsten Monaten viele Mehrspalter erscheinen werden über die Frage, wie wir es denn nun halten mit den Gruppen, die es da noch gibt und die in der politischen Farbenlehre Grün genannt werden und sich Grün nennen. Es gibt das Wort vom rot-grünen Bündnis.Das geistert durch 🖣 alle Wahlkämpfe. Wir sollten mal soviel von den Schwarzen reden wie die vom rotgrünen Bündnis. Aber das wird natürlich ein Dauerthema. Und dazu will ich Euch als meine Meinung sagen, und ich denke, das kann eine politische Maxime werden, auch wenn es ein bißchen klingt: Ich habe von Koalitionen die Nase voll! Ich will klare Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen! Ich will eine Mehrheit im Landtag! Ich denke, wir haben was wir in diesem vier Jahren zu tun hatten, verantwortungsvoll getan, wir haben die Chance verantwortungsvoll genutzt. Es ist eine harte Arbeit, ich werde nicht aufgeben, das Bild Nordrhein-Westfalens richtiger und glaubwürdiger zu zeichnen, als es immer wieder gezeichnet wird, als wären wir nur das 🕨 Land von Dreck und Maloche und von ein paar Großbetrieben. Es ist den Arbeitseinsatz wert, ein anderes Bild dieses Landes und seiner Bürger in den anderen Ländern zu zeichnen. Wir sind ein modernes Industrieland auf dem Wege ins 21. Jahrhundert. Hier gibt es Kohle, Stahl, Anlagenbau und Textil. Aber es gibt auch Computerindustrie, Elektronik, Kommunikationstechniken und Umwelttechnologien. Von den sechs größten Beratungsfirmen im Bereich der Soft-Ware sind drei bei uns in Nordrhein-Westfalen. 65 % des Forschungspotentials im Bereich Informationstechnik in der Bundesrepublik sind bei uns angesiedelt. Bio-Technologien haben an unseren Universitäten in Köln, in Bielefeld, in Düsseldorf und an der Kernforschungsanlage in Jülich hervorragende Standorte. Von den 12 Unternehmen, die Anlagen zur Rauchgasentschwefelung bauen, sind 7 uns. Nordrheim-Westfalen ist für die Zukunft gewappnet und wird die Strukturund Wachstumsprobleme Schritt für Schritt lösen, gemeinsam mit den Arbeitnehmern – und unter Arbeitnehmern verstehe ich auch die, die noch nach Arbeit suchen.

Das "Aktionsprogramm Ruhr" beruht auf dieser Grundlage. Das Konzept zur Arbeitszeitverkürzung und zur Arbeitsverteilung, das kommt aus Nordrhein-Westfalen, das ist hier ausgearbeitet worden. Im Programm "Jugendarbeitslosigkeit", im Mädchenprogramm bei den gewerblichtechnischen Berufen sind wir vorn. Wir haben den Ampassungsprozeß im Steinkohlebergbau sozial abgesichert. Wir haben den Handlungsrahmen Fernwärme in Gang gesetzt. Wir haben den Vertrag über Entschwefelung, der ein Schritt zur Zukunftssicherung ist. Wir haben das Umweltprogramm. Wir haben ein neues Städtebaukonzept. Wir haben Bürokratie abgebaut und Datenschutz gesichert. Wir haben Perspektiven für unser Land. Unsere Perspektive ist die solidarische Gesellschaft.

Unsere Perspektive: Die solidarische Gesellschaft

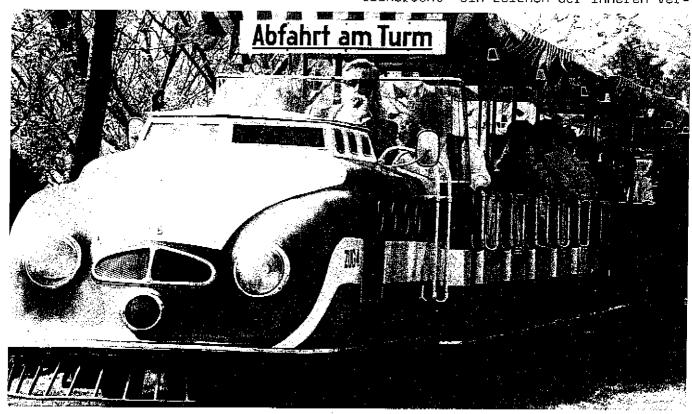


Gute Leistungen auf einzelnen Politikfeldern genügen nicht. Wir müssen hinausblicken über den Tellerrand der Tagespolitik. Wir müssen fragen, auf welcher Perlenschnur die einzelnen Perlen
aufgefädelt werden. Die Ellbogengesellschaft der Konservativen schafft keine
gute Zukunft für alle. So hält man Gesellschaft nicht zusammen. Wenn wir eine Lebens- und Überlebensgesellschaft
sind, dann muß Solidarität die Erfahrung und die Einsicht ausdrücken, daß

Solidarität ist: Den Schwächeren helfen

Wir brauchen keine Politik zurück in die fünfziger Jahre wir als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben können, wenn wir uns füreinander verantwortlich fühlen und gegenseitig helfen. Solidarität, das ist, den Schwächeren bei ihrer Interessenvertretung zu helfen. Solidarität, das ist bewußte Hinwendung der Starken zu den Schwachen.

Die SPD ist die Gemeinschaft derer, die Solidarität brauchen, mit denen, die Solidarität wollen. Und diese Solidarität hat erkennbare Elemente: Den Frieden im Innern und nach außen, den Frieden mit der Natur, einen sozialen Frieden, der nicht auf Kirchhofsruhe beruht, sondern der durch soziale Gerechtigkeit, durch Verteilungsgerechtigkeit kommt. Solidarität ist Partnerschaft von Männern und Frauen, Solidarität der Generationen. Solidarität ist die moderne Antwort auf die Krisen in unserer Gesellschaft. Eine solidarische Gesellschaft, Genossinnen und Genossen, muß 🚯 freiheitlich sein. Darum ist Nordrhein-Westfalen das Land der Vielfalt und der Buntheit, darum hat es ein hohes Maß an Liberalität und Freiheitlichkeit. Darum steht unsere Politik gegen den Abbau von Liberalität und Bürgerrechten, ob es um das Demonstrationsrecht oder um den Datenschutz oder um die künstlerische Freiheit geht. Jochen Vogel hat im Bundestag gesagt, er frage die Kolleginnen von der Union, warum lassen sie sich eigentlich die Chance entgehen, nach dem friedlichen Verlauf des Meinungskampfes im Herbst durch den Verzicht auf diesen Entwurf zum Demonstrationsrecht ein Zeichen der inneren Ver-



söhnung zu geben? Ich glaube, daß diese Frage richtig gestellt ist. Wir brauchen Zeichen der inneren Versöhnung, und wir brauchen keine Politik, die uns zurückführt in die angeblich so schönen 50er Jahre.

Die FDP, so habe ich gesagt, ist diese selbständige politische Kraft nicht mehr. Sie hat die Quittung bekommen. Aber ich habe kein Triumphgefühl bei dieser Aussage.

Unser Land ist ein Land der guten Nachbarn. Unsere Politik dient dem Rechtssichert Freiheitsrechte und frieden, schafft sozialen Ausgleich. Wir stehen gegen bedenkenlosen Zukunftsglauben wie gegen sauertöpfischen Pessimismus. Es gibt nichts Gutes in der Politik, es sei denn, wir tun es. Und es gibt keinen vernünftigen Grund anzunehmen, daß wir mit den ökonomischen und ökologischen und den sozialen Zukunftsaufgaben nicht fertig werden könnten. Aber dazu muß die SPD wieder Hoffnung vermitteln. Sie muß die Gestaltbarkeit der Zukunft deutlich machen. Laßt mich mit Ernst Bloch sagen: "Sozialdemokraten sind ins Gelingen verliebt."

Wir werden das besondere Gewicht der SPD Nordrhein-Westfalens einbringen beim Bundesparteitag in Essen. Wir verstehen nämlich viel von Arbeit und Umwelt. Und wir werden es einbringen in die Diskussion über das neue Grundsatzprogramm, denn die solidarische Gesellschaft ist unser Markenzeichen.

Aber, Genossinnen und Genossen, die Bewährung, die findet nicht nur an den drei Wahlsonntagen statt, sondern die Bewährung solidarischer, sozialdemokatischer Politik findet an jedem Werktag statt, in Gesprächen mit dem Nachbarn, mit den Kollegen im Betrieb. Wir brauchen keine Glasperlenspiele um analytische Zielgruppen, wir brauchen das Ringen um die Herzen und um die Köpfe der Menschen, um jeden einzelnen Bürger. Darum wollen wir uns keine unnötigen Personaldebatten aufschwatzen Ich glaube, die Bürger finden das langweilig. Die Menschen wollen Antworten auf ihre inhaltlichen Fragen, Antworten auf ihre Zukunftssorgen. Ich habe deshalb, entgegen dem, was ich im Herbst gesagt habe, für diesen Parteitag keine personelle Mannschaft benannt. Aber ich will ein Wort zu einer aktuellen Diskussion sagen, die mir nahegegangen ist und die den Frauen, in der AsF und in der Partei, nahegegangen ist. Ich bin mit der AsF darin einig, daß ich nach einem Wahlsieg 1985 eine SteatssekretäEs gibt nichts Gutes in der Politik; es sei denn, wir tun es

> Um die Herzen und um die Köpfe der Menschen ringen

Für Frauen Zugang zum Kabinett

rin berufen werde für Frauen- und für Gleichstellungsfragen, die unmittelbaren Zugang zum Kabinett hat und die mir direkt zugeordnet ist. Ich habe in diesen Tagen schon gesagt, daß ich die Entwicklung zu einem reinen Männerkabinett, das ich jetzt für eineinhalb Jahre habe - andere haben es viel länger gehabt -, bedaure, daß ich alles tun will, damit die damit verbundenen Mißverständnisse ausgeräumt, damit endere Akzente gesetzt werden können. Aber ich sage auch hier: Die Inhalte entscheiden. Es entscheidet die Frage, ob wir verhindern, daß es eine Bildungspolitik gegen die Frauen gibt, ob wir dafür sorgen, daß es Chancen für Mädchen im Beruf gibt. Wir werden damit bei uns selbst beginnen, mit Frauenförderplänen im öffentlichen Dienst und mit mehr Gestaltungsmöglichkeiten für Frauen der SPD.



SPD-NRW geschätzt wegen Entschlossenheit

Im nächsten Jahr, Genossinnen und Genossen, im nächsten Jahr kann ein Teil der Wende sich erledigen, die Wende kann wackeln. Stellt Euch das vor: Hans Apel Bürgermeister in Berlin. regierender Stellt Euch das vor: Im Saarland löst der bekannteste Oberbürgermeister Landes den unbekanntesten Ministerpräsidenten der Bundesrepublik ab. Und dann Nordrhein-Westfalen. Das sind wichtige Schritte auch auf dem Weg für uns. Aber wir können diese Schritte nur gehen, wenn wir uns mehr mit unserem politischen Gegner auseinandersetzen als mit uns selber. Die Partei wird in Nordrhein-Westfalen geschätzt wegen ihrer Entschlossenheit. Hier hat Biedenkopf

ausnahmsweise einmal recht: Uns gelingt es, alle Teile der Partei zusammenzuführen, ohne mit dem Hinweis auf andere zu disziplinieren oder zu erpressen.

Freilich, ohne feste Verankerung in den Städten und Gemeinden dörrt eine Partei das zeigt uns die FDP. Und darum haben wir das gemeinsame Interesse, Handlungsfähigkeit der Gemeinden für aktive Politik im Bereich von Arbeit und Umwelt, von Wohnen und Leben zu stärken. Darum brauchen wir eine große Finanzreform, die neu verteilt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Darum müssen wir draußen sagen, daß Nordrhein-Westfalen am meisten für seine Bürger und Gemeinden tut. Und darum muß unsere Kommunalpolitik deutlich machen, sie mehr ist als Beton und Asphalt. Entscheidend sind gute Nachbarschaft, Engagement der Bürger, moderne Dienstleistungen so dezentral wie möglich. Im Bürokratieabbau haben wir viel geleistet, aber wir wollen keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Ich wiederhole zum Schluß: Drei Wahlen sind drei Chancen. Es gilt, klare Verhältnisse zu schaffen. Wer sich zur Europawahl warmläuft, ist bei der Kommunalwahl gut in Form und erntet bei der Landtagswahl die Früchte seines Trainingsfleißes. Der Hauptgegner, Genossinnen und Genossen, ist die CDU. Laßt Euch nicht auf Nebenkriegsschauplätze abdrängen. Wie entscheidend das für uns ist, haben wir 1980 gelernt und gesehen, erfahren und uns daran gefreut. Entscheidend ist die Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler. Darum müssen wir den Spannungsbogen dieser drei Wahlen durchhalten.

Wir sagen zur Europawahl: Nordrhein-Westfalen hat eine gute Zukunft, Europa braucht eine gute Zukunft. Ich bitte alle Bürgerinnen und Bürger, gehen Sie am 17. Juni zur Wahl. Bringt in die Europadiskussion ein: Wir brauchen faire Chancen für unseren Stahl, wir brauchen die Entgiftung der Nahrung, wir brauchen einen grenzüberschreitenden Umweltschutz, und wir brauchen endlich Erfolge beim Abbau unsinniger Grenzkontrollen.

Die Kommunalwahlen sind eine Sache der ganzen Partei, und keiner von uns wird sich schonen. Wir wollen Köln halten und Düsseldorf zurückgewinnen. Aber freilich rede ich auch von den Städten im Revier, und wir vergessen die vielen kleinen Gemeinden nicht. Insgesamt sind es 396 Gemeinden, in denen unsere Politik auf dem Prüfstand steht.

#### Kommunalpolitik ist mehr als Asphalt

Bei der Landtagswahl die Früchte ernten

Auf dem Prüfstand in 396 Gemeinden

# Grundlinie in Handeln umsetzen

Und bei all dem vergessen wir nicht die Betriebsratswahlen. Sie können ein Signal gegen die Wende sein; sie können Zeichen der ungebrochenen Kraft der sozialen Demokratie setzen.

Diese Partei muß Orientierung geben, diese Partei muß Botschaften verdeutlichen. Diese Partei muß Politik für den Bürger nachvollziehbar machen. Dazu haben wir Grundsätze erarbeitet in der Kommission mit Christoph Zöpel, er wird sie uns erläutern. Es geht darum, unsere Grundlinie von der solidarischen Gesellschaft umzusetzen in praktisches Handeln. Wenn wir das alle miteinander tun, dann hat das Land Nordrhein-Westfalen eine gute Zukunft, und wir sind es, die sie gestalten.

# 8. EINBRINGUNG DER GRUNDSÄTZE SOZIALDE-MOKRATISCHER KOMMUNAL-UND LANDESPOLITIK FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN

Christoph Z ö p e l

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

der Landesvorstand hat mich beauftragt, zu den Grundsätzen der sozialdemokratischen Kommunal- und Landespolitik für Nordrhein-Westfalen einige Bemerkungen zu machen:

Der Entwurf, der Euch vorliegt, wurde von einer Kommission, die der Landesvorstand eingesetzt hat, unter Vorsitz von Johannes Rau erarbeitet. Wir haben ständig die Vorsitzenden aller großen Arbeitsgemeinschaften, der Arbeitnehmer, der Frauen, der Jungsozialisten, der Selbständigen, beteiligt, und auch Werner Kuhlmann als Vorsitzender der SGK hat ständig mitgewirkt.

Der Entwurf, der Euch nun vorliegt, setzt den Willensbildungsprozeß unserer Partei in Nordrhein-Westfalen fort, den wir im vergangenen Juni in Duisburg begonnen haben.

In Duisburg war es uns darum gegangen, nach der verlorenen Bundestagswahl eine erste neue Orientierung zu finden für die Politik, die wir hier leisten müssen im Hinblick auf die Wahlkämpfe, die uns bevorstehen. In Duisburg haben wir versucht, einige Grundgedanken neu herauszuarbeiten, die tragend werden sollten für weitere Diskussionen, aber auch für praktische Politik.

Zwei Grundgedanken, die mir aus Duis- burg die wichtigsten zu sein scheinen, möchte ich wiederholen:

Der eine Grundgedanke ist der, daß wir in einer Wohlstandsgesellschaft leben mit geringer werdenden Wachstumsraten, in der wir gezwungen sind – wenn wir den sozialen Standard halten und vielleicht soziale Verhältnisse sogar verbessern wollen –, mehr und gründlichere Verteilungsentscheidungen zu treffen, als wir das in der Vergangenheit gewohnt waren.

Der zweite Grundgedenke war der, daß wir auf die Chancen und Gefahren der Technik für die meisten Politikbereiche in der Innenpolitik wie in der Außenpolitik hingewiesen haben.

Dann hatte Duisburg eine ganz praktische Bedeutung:

Duisburg sollte Orientierung geben - und ich glaube, das hat dieser Parteitag damals geleistet - für die Finanzauseinandersetzungen zwischen Land und Kommunen. Sie standen damals ja, als wir so nicht daran gewohnt waren, daß verlangsamtes Wirtschaftswachstum sich niederschlagen muß auch in Haushalten, auf einem gewissen Höhepunkt. Aber ich glaube, nach den Orientierungen von Duisburg ist es gelungen, daß wir sowohl im Land wie im Verhältnis von Land und Kommunen darüber nicht mehr als erstes sprechen, wie das Geld verteilt wird, sondern daß wir hier übergehen konnten zu inhaltlicher Politik.



Damals in Duisburg allerdings mußten wir eins sagen, es fehlte viel an Konkretisierung. Die aber konnte nicht geleistet werden in den wenigen Wochen zwischen dem 6. März und Ende Juni, und so hat der Parteitag damals dem Landesvorstand den Auftrag gegeben, bis zum Frühjahr dieses Jahres ein konkretisierendes Programm zu erarbeiten. Ich will noch einmal nennen, welche drei, diesen Auftrag näher aufschlüsselnden Aufgaben wir mit auf den Weg bekommen haben.

Es waren

- a) die wesentlichen Aufgaben der Landespolitik und die für ihre Erfüllung verfügbaren finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten deutlich zu machen;
- b) die Abgrenzung der Aufgaben von Land und Gemeinden mit den entsprechenden finanzwirtschaftlichen Konsequenzen

c) und schließlich die Teilverantwortung des Bundes für die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen aufzuzeigen.

Dies sollte geschehen, indem wir darstellen sollten sowohl das, was nicht in dieser Legislaturperiode, also bis zum Mai 1985, in der Landespolitik geleistet werden kann, als auch darüber hinaus sagen sollten, was in den folgenden fünf Jahren auf der Grundlage der Wahlauseinandersetzungen praktische Politik in den Kommunen und im Land sein könnte.

Wir haben diesen untergliederten Auftrag so aufgefaßt, daß wir daraus ein Programm gemacht haben. Kurzfristige Maßnahmen und längerfristige gehen kontinuierlich ineinander über. Politik im Land und Politik in den Kommunen lassen sich nicht systematisch trennen. Sie hängen enger zusammen, als es manchmal auf den ersten Blick erscheint.

Aus diesem Grunde liegt Euch nun ein Entwurf vor, in dem alle diese Aufträge zu erfüllen gesucht sind. Er besteht von seinem Ansatz her aus zwei großen Teilen. In den Kapiteln 1, 2, 3, 4 und 6 geht es darum, uns einzustimmen in die Wahlauseinandersetzungen, die Juni, am 30. September und am 12. Mai 1985 zu führen sind. Dort formulieren wir noch einmal, was unser Grundprinzip ist, nämlich die solidarische Gesellschaft. Dort formulieren wir noch einmal, was uns unterscheidet und was wir kämpferisch betonen wollen gegenüber den Konservativen. Dort formulieren wir auch noch einmal - und das kann auch in einem landespolitischen Programm nicht fehlen -, was sozialdemokratische Friedenspolitik in ihrer Kontinuität nach Köln ist.

Das Kapitel 5 unterscheidet sich von diesen anderen. Es enthält das, was Nordrhein-Westfalen und in seinen Gemeinden an politischem Handeln der Sozialdemokratie konkret geleistet werden kann. Und bei dem Aufschreiben dieser möglichen Maßnahmen, dieses möglichen Handelns haben wir uns ganz streng an Grundsatz orientiert, den ich auch in Duisburg zu formulieren gesucht habe, nämlich nur das aufzuschreiben, von dem wir überzeugt waren und sind. daß es in den nächsten sechs Jahren auch gemacht werden kann. Ich wiederhole das, was ich in Duisburg gesagt habe, und das ist ja auch eine Erfahrung des Bundestagswahlkampfes 1983: Die Wähler nehmen uns nichts ab an Aussagen. an Versprechungen, wenn wir ihnen nicht glaubhaft machen können in der Argumen-

tation, daß wir dieses auch von den finanziellen Möglichkeiten her und von rechtlichen Instrumentarien her durchsetzen können. Das war der ständige Prüfstein dessen, was wir hier aufgeschrieben haben. Wir haben uns gefragt: Geht es auch? Laßt uns nichts aufschreiben, was vielleicht unserer Gesinnung entspricht, was wünschenswert wäre in einer idealen Welt, was aber uns in eine neue Schwierigkeit mit unserer Glaubwürdigkeit führen würde. So wiederhole ich nun noch einmal: Eine konkrete politische Maßnahme muß realisierber sein von ihren finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten her.

Die Konsequenz daraus ist, daß umfänglicher und stärker Politikbereiche betont wurden, wo konkretes Handeln der sozialdem**o**kratischen Landesregierung liegt. Breiten Raum nimmt das ein, was wir getan haben und weiter tun wollen auf dem Gebiet der Jugendarbeitslosigkeit, einem der großen Schwerpunkte der Landespolitik; der Ausschnitt, wo wir einen Beitrag leisten können zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Denn es wäre ja sinnlos, aufzuschreiben, Landespolitik und Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen könnten isoliert für sich mit dem Problèm der Beschäftigung fertig werden. Dieses kann nur im Bund oder darüber hinaus geregelt werden. Aber wir haben einen breiten Schwerpunkt gesetzt auf dem Gebiet, wo wir glauben, handeln zu können, nämlich bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, und wir haben hier an einziger Stelle im Programm auch aufgeschrieben, wir noch in diesem Jahr unsere Bemühungen um die Vermittlung der Auszubildenden verstärken werden. Wir werden, wenn nach der Sommerpause nicht alle Auszu-bildenden vermittelt sind in Nordrhein-Westfalen, dann zusätzliche Anstrengungen der öffentlichen Hände möglich machen müssen. Das ist die einzige Öffnung, bewußt besetzt, für zusätzliche finanzielle Maßnahmen in diesem Programm.

Der zweite Bereich, der breiten Raum einnimmt, ist die Umweltpolitik. Johannes Rau hat auf das bekannte umweltpolitische Programm der Landesregierung hingewiesen. Es findet hier in seiner Entwicklung, in seinen Möglichkeiten der Fortsetzung konkreten Niederschlag.

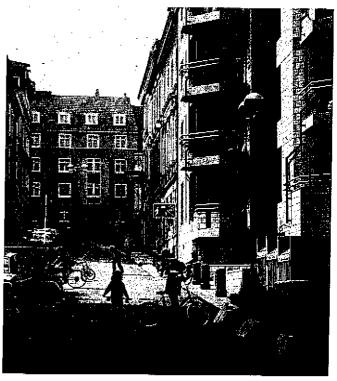
Ich will davon ausgehen, daß das Programm von Euch gelesen, vorbereitet und erarbeitet wurde, und deshalb nicht weiter auf alles eingehen, sondern nur drei Fragenkomplexe noch herausgreifen, die von denen, die an dem Programm gearbeitet haben, als besonders wichtig oder besonders spannend empfunden wurden.

Einer dieser Fragenkomplexe, eher ein Gedanke, findet sich in dem Kapitel, wo wir etwas über die solidarische Gesellschaft sagen. Hier versuchen wir, uns ansatzweise mit der Frage unserer sozia-Ien Sicherungssysteme zu beschäftigen, und sagen: Es ist unsere Verpflichtung, daß wir den Älteren unter uns, die im Vertrauen auf das Halten, auf die Haltbarkeit der sozialen Sicherungsnetze gearbeitet haben, als Sozialdemokraten sagen, wir werden dafür kämpfen, daß für Euch, für die Älteren, die keine Chance der Entscheidung mehr haben, diese Systeme halten. Aber wir sagen als zweites, und ich glaube, daß eine wichtige Diskussion in dieser Gesellschaft begonnen werden muß: Wir wollen in einen Dialog eintreten mit den Jüngeren, die ja teilweise oberflächlich, teilweise auch mit grundsätzlichen Positionen fragen, gibt es zuviel Staat, was ist die Funktion von "Staatsknete"? Mit denen müssen wir in einen Dialog eintreten, wie stellt Ihr Euch Eure Altersversorgung vor? Was wollt Ihr heute dafür leisten, daß Ihr in 30 Jahren so abgesichert seid, wie Ihr Euch das heute vorstellt. Wir glauben, diese Trennung der Diskussion in der Sozialpolitik ist Garantie Sozialdemokratie für diejenigen, die keine Chance mehr haben, neu zu wählen, die vertrauen müssen, daß das System hält. Das ist das eine, und auf der anderen Seite besteht die Notwendigkeit der Diskussion, wie entwickelt dieser Sozialstaat weiter. Und hier hinein gehören dann im Programm Gedanken z. B. über Genossenschaften neuer Art, Dinge, denen sich Sozialdemokraten stellen müssen.

Das zweite Problem ist das Problem der Technik. Wir haben wie in Duisburg Ökonomie und Ökologie in ein Kapitel hineingeschrieben. Sehr bewußt, weil wir meinen, daß das, was diese beiden Bereiche zusammenhält, Fragen der Technik sind. Gerade in diesen Tagen, in diesen Wochen erleben wir, daß wir zur Technik ganz unterschiedliche Antworten zu geben suchen. Je nachdem, mit welchem Problem wir konfrontiert sind. Wir erschrecken vor den Problemen, die wir auf dem Gebiet der Technik nicht gelöst haben, wenn wir darüber diskutieren, wie schwer es uns fällt, die Stickoxide zurückzuhalten, sei es in den Kraftwerken oder, wo es durchsetzungsmäßig noch schwieriger ist, wo zuviel Stickoxide aus unseren Autos herauskommen, wenn wir zu schnell fahren. Und wir kriegen

eine gewisse Faszination vor solcher Technik, wenn wir erleben, wie die Jugend sich plötzlich neuen Computerspielen und Computern zuwendet. Dabei müs⊸ sen wir aufpassen, daß wir nicht in eine isolierte Betrachtungsweise hineinfallen, je nachdem, worüber wir reden. Mit strahlenden Augen, wenn wir über die Initiative Zukunftstechnologie sprechen, und beängstigt, wenn wir eben nicht wissen, wie wir mit den Nitraten in unserem Grundwasser fertig werden können. Ich glaube, es ist wichtig, und das wird unsere politische Diskussion in den nächsten Wochen beeinflussen, und hierzu haben wir in dem Programm Formulierungsansätze zu finden gesucht, daß wir wissen, Technik hat die beiden Seiten. Wir müssen sie immer beide im Auge behalten. Technik muß immer umweltgerecht und sozial verträglich sein. Ich glaube, Siegfried Bleicher sollte zu Unrecht befürchtet haben, Sozialdemokraten schreien "chip chip ´hurra". Wir 🌘 müssen das immer im Auge behalten, sonst werden wir mit diesem Problem nicht fertig. Und der Kernsatz, den wir dazu aufgeschrieben haben, ist der einzige, den ich zitieren möchte: "Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik sind untrennbar verzahnt. Sie verschmelzen beim gesellschaftlich verantwortlichen Umgang mit Technik und Energie."

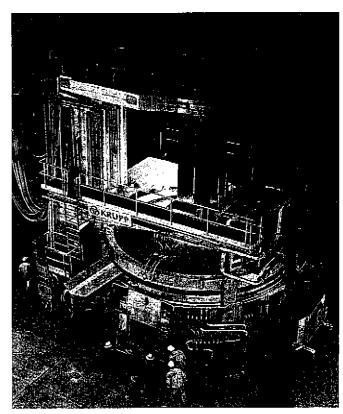
Der dritte Bereich, über den wir intensiv diskutiert haben, war die Medienpolitik. Hier lief der Prozeß der Arbeit an diesem Programm parallel mit dem Prozeß, daß die Partei eine neue Position finden mußte: zu wesentlichen medienpolitischen Fragen bei technischen Veränderungen – willkommen oder unwillkommen



- und zu neuen Fragestellungen, weil politische Entscheidungen in anderen Bundesländern getroffen werden, die einen bestimmten Zugang zu den technischen Problemen der Medien bei uns erzwingen. Wir haben nicht mehr totale Handlungsfreiheit. Der Prozeß mußte parallel laufen, und der Entwurf, den wir Euch zugeschickt haben, enthält Aussagen zur Medienpolitik, die inzwischen der Landesvorstand selbst weiterentwickelt hat. Es liegen inzwischen zusätzliche Vorschläge der Medienkommission beim Landesvorstand vor, die sich der Vorstand gestern zu eigen gemacht hat, die die Programmaussagen weiterentwickeln. Wir wissen, daß hier vielleicht die größte politische, ja ich sage bewußt, Zumutung liegt an die Delegierten, dies mit entscheiden zu müssen. Nur glaube ich, wir konnten und können in diesen Tagen nicht sagen, wir verabschieden ein Programm, das alle Bereiche der Landespolitik und der Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen umfaßt und klammern die Medien aus. Dieses hätte, glaube ich, negativere Wirkungen gehabt als zu sagen, wir beginnen einen Diskussionsprozeß, der für die Grundentscheidungen sich noch etwas Zeit läßt.

Dies sind aus meiner Sicht die wichtigsten Fragen, die zu berühren ich für wichtig hielt, und ich möchte schließen mit der kritischen Selbstreflektion über die Relevanz eines solchen Programms. Es gehört zu den besonderen Ermutigungen für diejenigen, die an einem solchen Programm arbeiten wollen oder müssen, daß sie immer wieder auf Genossen treffen, die sagen, das sei doch eigentlich überflüssig. Und dann gibt es die anderen Positionen, die da sagen, dieses Programm ist viel zu lang, aber viel zu wenig drin, und steht schließlich trifft man auch immer diejenigen, die sagen, das liest sowieso keiner. Nun, ich glaube auch, daß niemand ein solches Programm nimmt, um es von der ersten bis zur letzten Seite zu lesen.

Aber ich sehe dennoch eine große Relevanz in diesem Programm, die mit dem zusammenhängt, was ich schon artikuliert habe, daß wir uns nämlich bemüht haben, nur das hineinzuschreiben, was wir auch für durchführbar halten. So will ich eines sagen: In dem Kapitel 5 steht drin, was in den nächsten sechs Jahren in Nordrhein-Westfalen und seinen Städten verwirklicht werden kann, wenn Sozialdemokraten das wollen. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß man noch etwas anderes tut. Man sollte aber ausschließen, daß das Gegenteil getan wird. Dieses



Programm bietet die Chance - da braucht man es nicht ganz durchzulesen, sondern dort zu lesen, wo man selber sein starkes politisches Interesse hat - dieses Programm bietet die Chance, daß wir all das, was im Kapitel 5 an uns selbst, añ die Sozialdemokraten Nordrhein-Westfalens und seiner Kommunen gerichtet ist, daß wir dieses durchführen können. Und darin wird sich die Relevanz zeigen. Und ich möchte an alle appellieren, die Politik betreiben in diesem Lande, laßt uns das vornehmen in den Städten und im Lande, tatsächlich dieses mit Augenmaß Geschriebene durchzuführen, zu realisieren. Dann werdet Ihr merken, es ist eine ganze Menge, was dann zusätzlich auf den Weg gebracht wurde in Nordrhein-Westfalen, wenn wir es nur wollen. Nur, das hängt davon ab, daß sich auch jeder von uns an der Stelle, an der er steht, dafür engagiert. Da appelliere ich hin, daß Ihr das tut, und dahin appelliere ich auch für die Programmberatungen, laßt uns dieses Programm auf diesem Parteitag so diskutieren und behandeln, daß es eine Grundlage bietet, mit der jeder einzelne, der will, belegen kann: Wir haben hier etwas beschlossen, was wir durchsetzen können, wenn wir die Mehrheit haben und wenn wir uns anstrengen, was sicher ist.

Herzlichen Dank.

# 9. GENERALDEBATTE

An der Generaldebette zum Grundsatzreferat von Johannes Rau und zu den Ausführungen von Christoph Zöpel beteiligten sich

Wolfgang Hahn-Cremer Anke Brunn Hans Urbaniak Ilse Ridder Franz Müntefering Ursula Vollmer Reinhard Schultz Hanne Pollmann Heinz Junker Martina Schmück Hans Schürmann Karin Junker Maria Jammes Loke Mernizka Marita Rauterkus Friedhelm Farthmann Wolfgang Heinemann Josef Krings und Rainer Fonteyn.

Abschließend nahmen Christoph Zöpel und Johannes Rau Stellung.

# 10.Behandlung der Anträge

# ANTR<u>AGS</u>SPI<u>EGEL</u>

Antrag-Nr. Antragsteller Betreff Beschluß des a.o. Landesparteitages

A/l Stadtverband Dormagen Rüstungsbegrenzung Überweisung des letzten Absatzes an die SPD-Landtagsfraktion NRW; übriger Antrag erledigt durch Annahme der Grundsätze (Kapitel 4.1).

A/2 UB Münster Ökologisches Programm Erledigt durch Annahme der Grundsätze (Kapitel 5.1).

A/3 UB Mettmann Gegen Arbeitslosigkeit Ablehnung des Sofortprogramms, da als Landesprogramm nicht zu realisieren, und der Forderung auf Förderung des Baus von zusätzlich 100.000 sozialen Mietwohnungen; Nichtbehandlung des letzten Absatzes (da Bundespolitik); übriger Antrag erledigt durch Annahme der Grundsätze (Kapitel 5.1.1)

A/4 UB Düsseldorf Arbeitszeitpolitik

Überweisung an den nordrhein-westfälischen SPD-Landesvorstand mit der Maßgabe, auf der Grundlage der ausführlichen Abhandlung des Antrags A/4 eine Informationsschrift für die nordrhein-westfälische Partei zu entwickeln.

A/5 UB Duisburg 35-Stunden-Woche Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages 1 (Resolution zur 35-Stunden-Woche).

A/6 UB Mettmann Arbeitszeitverkürzung Erledigt durch Annahme der Grundsätze (Kapitel 5.1.1.2).

A/7 UB Mettmann Arbeitszeitordnung Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion.

A/8 UB Mettmann Teilzeitarbeit Erledigt durch Annahme der Grundsätze in der Fassung der Antragskommission (Kapitel 5.1.1.2).

A/9 UB Mettmann Arbeitszeitverkürzung

Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrags 1 und der Grundsätze.

A/10 UB Mettmann Arbeitsmaßnahmen Annahme des 2. Absatzes zur Ergänzung der Grundsätze (Kapitel 5.1.1.3) in der Fassung der Antragskommission; übriger Antrag erledigt durch Annahme der Grundsätze.

A/11 UB Mettmann Ausbildungsplätze Überweisung des letzten Absatzes an die SPD-Bundestagsfraktion.

Ablehnung der Sätze: "Wenn die Beschäftigung in der privaten Wirtschaft nicht möglich ist, muß die öffent-liche Hand einspringen. In den Haushaltsbegleitgesetzen sind entsprechende Regelungen einzubringen.", da verfassungswidrig. Übriger Antrag erledigt durch Annahme der Grundsätze mit Ergänzung durch die Antragskommission.

A/12 UB Mettmann Jugendarbeitslosigkeit

Erlediqt

5.1.1.3).

durch

Überweisung der Ziffern 3. und 4. an die SPD-Bundes-

Annahme

A/13 UB Duisburg Jugendarbeitslosigkeit

Überweisung der Ziffern 3. und 4. an die SPD-Bundestagsfraktion; übriger Antrag erledigt durch Annahme der Grundsätze (Kapitel 5.1.1.3).

der

Grundsätze (Kapitel

A/14 OV Düsseldorf-Wersten Umweltschädliche Waschmittel Überweisung an die SPD-Bundestags- und -Landtagsfraktion NRW.

A/15 UB Gütersloh Wasserversorgung

Überweisung der ersten beiden Absätze an den nordrhein-westfälischen SPD-Landesvorstand zur weiteren Befassung (aktuelles regionales Problem von übergreifender Bedeutung); übriger Antrag erledigt durch Annahme der Grundsätze (Kapitel 5.1.2.6).

A/16 OV Köln-Longerich Recycling Aufnahme des 2. Spiegelstrichs in Initiativ-Antrag 2; übriger Antrag erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages 2 zur Neufassung der Grundsätze Kapitel 5.1.2.7.

A/17 UB Duisburg Technologische Forschung

Überweisung an die SPD-Bundestags- und -Landtagsfraktion NRW.

A/18 Bezirk Mittelrhein Leitlinien/Energie Annahme als Ergänzung der Grundsätze 5.1.4 (Punkt e).

A/19 UB Düren Leitlinien/Energie

Erledigt durch Annahme des Antrages A/18.

A/20 UB Düren Leitlinien/Freiraum

Überweisung als Prüfungsauftrag an die SPD-Landtagsfraktion NRW.

A/21 UB Dortmund Fehlbelegerabgabe

Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages 4.

A/22 UB Düsseldorf Genossenschaftswesen

Überweisung an den nordrhein-westfälischen SPD-Landesvorstand mit der Maßgabe, einen Leitfaden zur Diskussion über das Genossenschaftswesen zu erarbeiten.

A/23 UB Herford Datenschutz

Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion mit Ausnahme des 1. Absatzes, der durch die Annahme der Grundsätze erledigt ist.

A/24 UB Duisburg § 218 StGB

Absätze 2. und 3. erledigt durch Annahme der Grundsätze (Kapitel 5.3.1.4); übriger Antrag Überweisung an die SPD-Bundestags- und -Landtagsfraktion NRW.

A/25 Bezirk Mittelrhein Leitlinien-Entwurf (Grundsätze)

Annahme als Ergänzung der Grundsätze (Kapitel 5.3.2.1) in der Fassung der Antragskommission.

A/26 OV Oberhausen-Ost Zehnjährige Schulpflicht Erledigt durch Annahme der Grundsätze (Kapitel 5.4.1.1).

A/27 UB Gütersloh Lehrerarbeitslosigkeit	Erledigt durch Annahme der Grundsätze (Kapitel 5.4.1.1).
A/28 Bezirk Mittelrhein Neue Gesamtschulen	Überweisung des letzten Absatzes an den nordrhein- westfälischen SPD-Landesvorstand und die SPD-Landtags- fraktion NRW; übriger Antrag erledigt durch Annahme der Grundsätze (Kapitel 5.4.1.1).
A/29 Bezirk Mittelrhein Hauptschulen/Ganztags- schulen	Annahme als Ergänzung der Grundsätze (Kapitel 5.4.1.1) in der Fassung der Antragskommission.
A/30 Bezirk Mittelrhein Gesamtschule	Annahme als Ergänzung der Grundsätze (Kapitel 5.4.l.l) in der Fassung der Antragskommission.
A/31 Bezirk Mittelrhein Integration behinderter Kinder	Annahme als Ergänzung der Grundsätze (Kapitel 5.4.l.1) in der Fassung der Antragskommission.
A/32 Bezirk Mittelrhein Zusammenarbeit Sonder- schulen/Schulen	Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion NRW.
A/33 OV Waldbröl Arbeitnehmervertretung	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion.
A/34 UB Duisburg Familienzusammenführung	Überweisung an die SPD-Bundestags- und -Landtagsfrak- tion NRW.
A/35 OV Köln-Mülheim Medienkonzept	Annahme zur Neufassung der Grundsätze (Kapitel 5.4.3.2) in der Fassung der Antragskommission.
A/36 OV Düsseldorf-Oberbilk NRW-Landesmediengesetz	Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion NRW, an die nordrhein-westfälische Landesregierung und an die Medienkommission des SPD-Landesvorstandes als Grundlage weiterer Beratungen.
A/37 OV Düsseldorf-Golzheim Landesmedienkongress	Erledigt dùrch Annahme des Antrages A/35.
A/38 OV Hagen-Wehringhausen Neue Medien	Erledigt durch Annahme des Antrages A/35.
A/39 UB Gütersloh Neue Medien	Erledigt durch Annahme des Antrages A/35.
A/40 OV Bonn-Poppelsdorf Landesmediengesetz	Erledigt durch Annahme des Antrages A/35.
A/41 OV Bonn-Poppelsdorf Medienpolitik	Erledigt durch Annahme des Antrages A/35.

A/42 UB Gütersloh Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst

Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion NRW.

A/43 UB Duisburg Arbeitsschutzbestimmungen Überweisung an die SPD-Bundestags- und -Landtagsfraktion NRW.

A/44 UB Mettmann Flughäfen Düsseldorf-Köln/Bonn Überweisung an die SPD-Bundestags- und -Landtagsfraktion NRW.

A/45 UB Rhein-Sieg Einzelausweisung Arbeitsmarktsituation Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion.

I/l SPD-Landesvorstand Resolution zur 35-Stunden-Woche Annahme in ergänzter Fassung durch den Landesparteitag.

I/2 SPD-Landesvorstand Abfallwirtschaft/Neufassung Grundsätze 5.1.2.7

Annahme mit Aufnahme des 2. Spiegelstrichs aus A/16.

I/3 SPD-Landesvorstand und -Bezirke in NRW Medienkonzept des Parteivorstandes Annahme.

I/4 Landesparteitag Fehlbelegerabgabe Annahme.

I/5 Landesparteitag Fehlbelegerabgabe

Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion NRW.

I/6
Landesparteitag
Programmentwurf/Neufassung
des 2. Satzes im 10. Absatz Kapitel 5.1.1.3 und
Einfügung zwei weiterer
Absätze (13, 14)

Annahme.

Initiativ-Antrag: I/l

Antragsteller:

SPD-Landesvorstand

Betreff:

Resolution zur 35-Stunden-Woche

Der Kampf der Gewerkschaften um die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein Kampf um die gerechtere Verteilung der Arbeit für alle.

Massenarbeitslosigkeit ist die ungerechteste, die gesellschaftlich schädlichste und die teuerste Form der Arbeitszeitverkürzung.

Die Bundesregierung und die Bonner Koalitionspartner steuern einen Kurs des beschäftigungspolitischen Nichtstuns. Sie betreiben eine Politik der Sozialdemontage zu Lasten der Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslosen und Sozialhilfempfänger bei gleichzeitiger Begünstigung der Arbeitgeber. Die Bundesregierung hat sich die Argumente der Arbeitgeberverbände zu eigen gemacht.

Die Delegierten des Landesparteitages in Aachen unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften und ihren Kampf um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, um damit einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu leisten.

Die Sozialdemokraten werden sich gemeinsam mit den Gewerkschaften nicht mit einer Gesellschaft abfinden, in der Massenarbeitslosigkeit ein Dauerzustand ist. Die 35-Stunden-Woche ist ein unverzichtbarer Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Initiativ-Antrag: I/3

Antragsteller:

SPD-Landesvorstand

und -Bezirke in NRW

Betreff:

Medienkonzept des Parteivorstandes

Der Landesparteitag fordert den Parteivorstand auf, das Medienkonzept für die Partei (Vorwärts) erst dann dem Bundesparteitag vorzulegen, wenn das Finanzierungskonzept mit den Landesverbänden und Bezirken einvernehmlich geregelt ist.

Initiativ-Antrag: I/4

Betreff: Fehlbelegerabgabe

Der Landesparteitag fordert die Landes-

regierung auf, die Rechtsverordnung zur Durchführung des Gesetzes über Fehlbeleger (Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen vom 22.12.1981) dahingehend zu ändern, daß die Kappungsgrenze auf 7,50 DM festgesetzt wird.

An SPD-Bundestagsfraktion und -Landtags-Fraktion überwiesene Antrage

Antrag-Nr.: A/1

Antragsteller: Stadtverband Dormagen Betreff: Rüstungsbegrenzung

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, einen Antrag im Landtag einzubringen und zu prüfen, inwiefern es möglich ist, zur Verhinderung der Stationierung bzw. zum Abbau bereits vorhandener Raketen in der Bundesrepublik im Bundesrat in Absprache mit den übrigen SPD-regierten Bundesländern initiativ zu werden.

Antrag-Nr.: A/7

Antragsteller: UB Mettmann

Betreff: Arbeitszeitordnung

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß die Arbeitszeitordnung so verändert wird, daß

- die 40-Stunden-Woche zur Regelarbeitszeit erklärt wird,
- erforderliche Überstunden auf wirkliche Ausnahmen beschränkt werden und in der Regel durch Freizeit abzugelten sind,
- bei Überstunden, die nicht durch Freizeit abgegolten werden, ein Sonderbeitrag vom Arbeitgeber an die Bundesanstalt für Arbeit abzuführen ist (Arbeitsmarktabgabe).

Antrag-Nr.: A/11

Antragsteller: UB Mettmann

Betreff: Ausbildungsplätze

In vielen Fällen werden männliche Jugendliche mit Blick auf die noch abzuleistende Wehrpflicht oder den Ersatzdienst nicht in ein Ausbildungsverhältnis bzw. Arbeitsverhältnis übernommen. Dem muß mindestens durch eine flexible Einstellungspraxis entgegengewirkt werden. Weitere gesetzliche Schutzvorschriften sind zu schaffen.

Antrag-Nr.: A/13

Antragsteller: UB Duisburg

Betreff: Jugendarbeitslosigkeit

Die Bundestags- und Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, für eine Konzentration der Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einzutreten, damit die vorhandenen Mittel in Zukunft zielgerichtet und zweckentsprechender eingesetzt werden können. Die Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, den Finanzrahmen des Benachteiligtenprogramms auszuweiten, um den Städten mit einer hohen Zahl arbeitsloser Jugendlicher die Ausbildung in überbetrieblichen Werkstätten zu ermöglichen.

Antrag-Nr.: A/14

Antragsteller: UB Duisburg

Betreff: Umweltschädliche Wasch-

mittel

Die SPD-Bundestags- und -Landtagsfraktion werden aufgefordert, geeignete Schritte zu unternehmen, die den Ersatz von umweltschädlichen Phosphaten in Waschmitteln durch umweltverträglichere Produkte zur Folge haben.

Antrag-Nr.: A/17

Antragsteller: UB Duisburg

Betreff: Technologische Forschung

Die SPD-Bundestags- und -Landtagsfrakti- onen werden aufgefordert,

- 1. auf den Gesetzgeber und die Regierung mit dem Ziel einzuwirken, daß technologische Forschung und Entwicklung nur dann mit staatlichen Mitteln gefördert werden, wenn zugleich auch die Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und die Umwelt untersucht und - wenn nötig - Vorschläge für die Arbeitsplatzerhaltung oder -schaffung erarbeitet werden,
- 2. daß staatliche Investitionshilfen mit der Auflage zur Schaffung neuer und Erhaltung bestehender Arbeitsplätze verbunden werden.

Antrag-Nr.: A/23

Antragsteller: UB Herford Betreff: Datenschutz

Der Landes- und Bundesparteitag werden aufgefordert, folgende Datenschutzgesetze umgehend zu erwirken:

 Schutz der personenbezogenen Daten als Verankerung im Grundgesetz (z.B. Übernahme Art. 4,2 der Landesverfassung NRW - dazu eindeutige Festlegung, wann "Interesse der Allgemeinheit" vorliegt, das den Eingriff in dieses Recht zuläßt),

 Stärkung der Kontrollrechte der Datenschutzbeauftragten und Offenlegung aller vorhandenen (auch geheimen) Datenbanken,

 Strafbarkeit des Datenmißbrauchs von Privatpersonen, Organisationen und

Behörden,

4. Schadensersatzregelungen bei Datenmißbrauch und Fehlern in der Datenverarbeitung (die Beweisführung muß bei den Datenbanken, nicht bei den betroffenen Personen liegen),

 Pflicht zur unentgeltlichen Information an jeden Bürger über seine ge-

speicherten Daten,

Keine Weitergabe von Daten, auch nicht im Zuge der "Amtshilfe",

7. Verhinderung des maschinen-lesbaren Personalausweises.

Die SPD muß feststellen und ist der Überzeugung, daß gegenwärtig versucht wird, den Bürger zu entmündigen und die freie Entfaltung der Persönlichkeit durch indirekt ausgeübten Zwang einzuschränken. Sie tritt nach ihren Grundsätzen für die Stärkung der Bürgerrechte gegenüber dem Staat ein und nicht für deren unterschwelligen Abbau.

Antrag-Nr.: A/24

Antragsteller: UB Duisburg Betreff: § 218 StGB

Die SPD-Bundes- und -Landtagsfraktionen werden aufgefordert zu verhindern, daß durch eine Gesetzesänderung den Kranken- kassen die Übernahme der Kosten für legale Schwangerschaftsabbrüche und freiwillige Sterilisation untersagt wird.

Antrag-Nr.: A/28

ray-Nr: A/28

Antragsteller: Bezirk Mittelrhein Betreff: Neue Gesamtschulen

Landtag und Landesregierung werden aufgefordert, die dazu notwendigen Unterlagen den Entwicklungsgremien zur Verfügung zu stellen.

Antrag-Nr.: A/32

Antragsteller: Bezirk Mittelrhein

Betreff: Zusammenarbeit Sonder-

schulen/Schulen

Landtag und Landesregierung werden auf-

gefordert, die Zusammenarbeit zwischen Sonderschulen und anderen Schulen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere mit Grund- und Hauptschulen, intensiv zu fördern. Die Zusammenarbeit Sonderschulen und anderen Schulen macht eine Neubesinnung der Situation der Sonderschulen erforderlich.

Schon bestehende Modelle solcher Zusammenarbeit sollen gefördert und bekanntgemacht werden. Der Austausch von Lehrern zwischen Sonderschulen und anderen Schulen muß geplant und institutionalisiert werden. Dazu gehören die Schaforganisatorischer Möglichkeiten (u. a. Beseitigung beamtenrechtlicher und haushaltsrechtlicher Hemmnisse) sowie eine umfassende Lehrerfortbildung für diese Aufgabe.

Antrag-Nr.: A/33

Antragsteller: OV Waldbröl

Betreff: Arbeitnehmervertretung

Die Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, daß die Beteiligung von Arbeitnehmervertretern in Verwaltungsräten der Krankenhäuser, auch in der GmbH-Gesellschaftsform, verbessert wird.

Antrag-Nr.: A/34

Antragsteller: UB Duisburg

Betreff: Familienzusammenführung

Die SPD-Bundestags- und -Landtagsfraktionen werden aufgefordert, dafür einzutreten, daß

- 1. alle Verordnungen und Erlasse, die die Zusammenführung ausländischer verhindern, Familien abgeschafft werden.
- 2. die Aufenthaltsgenehmigung für ausländische Frauen nicht an die des Mannes gebunden werden darf.
- ausländische Frauen und Mädchen, im Zuge der Familienzusammenführung hierherkommen, sofort die Aufenthaltsgenehmigung erhalten,
- 4. bei Arbeitslosigkeit der Frauen und Mädchen die Arbeitserlaubnis nicht entzogen wird,
- 5. die Aufklärung ausländischer Familien über Möglichkeiten der Gesundheitsfürsorge verbessert wird, weil diese aufgrund ihrer benachteiligten Situation, ihrer schlechten Arbeitsund Wohnverhältnisse sowie der daraus folgenden Existenzangst besonders gefährdet sind.

Antrag-Nr.: A/42

Antragsteller: UB Gütersloh

Betreff: Einstellungspraxis

Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratische Landesregierung - insbesondere den Innenminister - auf, die 15.3.1983 im Landeskabinett diskutierten Auswirkungen des Peter-Urteils (Bundesverwaltungsgerichtsurteil vom 29.10. 1981), die im Kabinettsprotokoll festgehalten worden sind, dahingehend zu überprüfen, daß die größtmögliche Liberain den Einstellungsverfahren hérrscht. In dieser Kabinettsübereinkunft ist auch festgeschrieben, daß jemand, der für "verfassungsfeindliche Parteien" bei Land- oder Bundestagswahlen kandidiert, mit disziplinarrechtlichen Konsequenzen zu rechnen hat. Dies bedeutet keine Liberalisierung, sondern eine Fortschreibung der Berufsverbotepraxis. Der Landesparteitag fordert dagegen weiterhin deren prinzipielle und endgültige Aufhebung.

Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratische Landesregierung auf, alle Gerichtsverfahren, in denen diese keine konkreten Nachweise eines Fehlverhaltens ermitteln, durch Rücknahme der Revisionen bzw. der Anträge auf Klageabweisung zu beenden. Er fordert die so-Einstellung aller derartigen "Altfälle", die sich zum Teil weit vor dem 1.1.1980 für den öffentlichen den öffentlichen Dienst beworben haben. Er fordert die Landesregierung auf, im Sinne der vorangegangenen Gesetze auf nachgeordnete Dienststellen und auf die Kommunen ein-

zuwirken.

A/43Antrag-Nr.:

Antragsteller: UB Duisburg

Betreff: Arbeitsschutzbestimmun-

gen

Die SPD-Bundestagsfraktion und - soweit zuständig – die -Landtagsfraktionen werden aufgefordert, Gesetzesvorlagen der CDU/CSU oder FDP abzuwehren, wenn die Gefahr besteht, daß Arbeitsschutzbestimmungen und Jugendarbeitsschutzbestimmungen aufgehoben oder qualitativ schlechtert werden. Die Schutzbestimmungen sind unverzichtbare Sicherungsinstrumente zum Schutz der Arbeitnehmer und zur Humanisierung der Arbeitswelt. Die derzeitigen Arbeitsschutzbestimmungen sind für Männer und Frauen gleichzustellen.

**A**ntrag-Nr.: A/44

Antragsteller: UB Mettmann

Betreff: Flughäfen Düsseldorf -

Köln/Bonn

Mit Nachdruck wird an die Beschlüsse des UB-Parteitages Mottmann vom November 1981 in Haan und an die Beschlüsse des Bezirksparteitages Niederrhein und des Bundesparteitages vom April 1982 in München erinnert, auf die 2. Start- und Landebahn für den Flughafen Düsseldorf zu verzichten. Es wird erwartet, der Planfeststellungsbeschluß überprüft und zurückgezogen wird. Darüber hinaus werden die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung aufgefordert, insbesondere aus wirtschaftlichen und aus Gründen des Umweltschutzes die zwischen den damals zuständigen Ministern Hauff und Jochimsen im Jahre 1981 vereinbarte Flughafenkonzeption energisch weiterzuverfolgen.

Das heißt:

– eine bessere Kooperation zwischen den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn

- eine Verlagerung von Teilen des Verkehrsaufkommens, vorrangig im Charterverkehr von Düsseldorf nach Köln/ Bonn, mit Nachdruck fortsetzen

 den S-Bahn-Anschluß des Flughafens Köln/Bonn mit höchster Priorität ver-

wirklichen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß diese die entsprechenden Bemühungen des früheren Bundesverkehrsministers Hauff fortsetzt.

**A**ntrag-Nr.: A/45

Antragsteller: UB Rhein-Sieg

Betreff: Einzelausweisung Arbeitsmarktsituation

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, durch gezignete Schritte zu veranlassen, daß sowohl die Zahl der Arbeitslosen und der offenen Stellen als auch die Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden und der offenen Ausbildungsplätze zumindest für Städte mit mehr als 20.000 Einwohner einzeln ausgewiesen wird.

Als Prüfungsauftrag an die SPD-Landtagsfraktion NRW überwiesener Antrag

Antrag-Nr.: A/20 Antragsteller: UB Düren

Betreff: Schutz des Freiraums

Es soll geprüft werden, ob die im Aachener Steinkohlenrevier neu entstehenden Bergehalden in die in unmittelbarer Nähe befindlichen Restlöcher der Braunkohlentagebaue verbracht werden können.

Als Materialien an die SPD-Landtagsfraktion überwiesene Anträge

Antrag-Nr.: A/36

Antragsteller: OV Düsseldorf-Oberbilk Betreff: NRW-Landesmediengesetz

Die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zwingen die SPD, ihren medienpolitischen Standort neu zu bestimmen, ohne ihre medienpolitischen Grundsatzpositionen aufzugeben. Deshalb hat die Medienkommission beim Parteivorstand am 16. Februar 1984 ein "Medienpolitisches Aktionsprogramm 1984" verabschiedet, das unter bestimmten Voraussetzungen auch privaten Programmveranstaltern Zugang zum Rundfunk ermöglicht.

bleibt für Sozialdemokraten ласh diesem Beschluß der Medienkommission bei dem Grundsatz, daß in einer demokratischen Gesellschaft der Programmauftrag des Rundfunks - unabhängig davon, wer die Veranstalter sind – das gesell-Ausdrucksvermögen unserer schaftliche Demokratie erhalten und fördern muß und daß er demokratisch kontrolliert wird. Dabei darf das Bekenntnis von Sozialdemokraten für einen freien und demokratischen Rundfunk nicht zu einer juristi-schen Leerformel festgefroren werden, sondern, was Rundfunk ist, muß von seinen Aufgaben für eine offene und demokratische Gesellschaft abgeleitet und bestimmt werden. Daß auch für Sozialdemokraten positiv bewertete Beariffe nicht mehr im Einklang mit der politischen Realität stehen, zeigen öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten den Ländern, wenn sie nur noch von wenigen Interessensgruppen und einer politischen Partei kontrolliert werden.

Auch in einer politischen Situation, in der die Sozialdemokraten eine Minderheitsposition vertreten, bleibt es unser Ziel, die Prinzipien von Vielfalt, kulturellen Freiheiten und Brauchbarkeiten für jeden in den Rundfunkprogrammen zu sichern. Sozialdemokraten müssen verhindern, daß – politisch gewollt und technisch ermöglicht – die gesellschaftliche Öffentlichkeit in viele voneinander isolierte Teilöffentlichkeiten zerfällt (Des-Integration). Je mehr Fern-

sehprogramme durch Kabelanlagen und Satelliten möglich werden, um so mehr kommt es für Sozialdemokraten darauf an, Rückbindungen der neuen Medien an eine überschaubare Öffentlichkeit auf lokaler Ebene herzustellen; lokale Öffentlichkeit zu stabilisieren und die persönliche Kommunikation zu fördern.

Diese Maßstäbe gelten gleichermaßen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wie für private Programmveranstalter. Wenn diese Prinzipien rechtlich verankert und demokratisch kontrolliert werden, dann ist nicht mehr die Frage der Träqerschaft bestimmend, sondern es sind Struktur und Inhalte von Rundfunkprogrammen.

Können private Interessenten diese Programmanforderungen nicht erfüllen, dann können sie auch nicht als Programmveranstalter zugelassen werden.

Vor dem Hintergrund dieser Prinzipien faßt der Landesparteitag folgenden Beschluß:

### Godesberger Programm zum Rundfunk

1. Nach wie vor gilt für uns Sozialdemokraten die Aussage des Godesberger Programms für Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film. "Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film erfüllen öffentliche Aufgaben. Sie müssen in Freiheit und Unabhängigkeit überall und unbehindert Informationen sammeln, bearbeiten, verbreiten und unter eigener Verantortung Meinung bilden und aussprechen dürfen. Rundfunk und Fernsehen müssen ihren öffentlichrechtlichen Charakter behalten. Sie müssen freiheitlich geleitet und gegen Interessendruck gesichert sein."

### <u>Für eine freie Gesellschaft ein Freier</u> Rundfunk

II. Zu einer offenen, demokratischen sozialverpflichteten Gesellschaft gehört ein von kommerziellen, staatlichen und parteilichen Interessen und Einflußnahmen freier Rundfunk, ein demokratisch kontrollierter Rundfunk, in dem alle gesellschaftlichen Kräfte zu Wort kommen und alle geistigen Richtun-Weltanschauungen und vertreten sind. (In seinem dritten Rundfunkteil sog. FRAG-Urteil - vom 16. Juni 1982 bekräftigte das Bundesverfassungsgericht seine früheren Urteile: Die Rundfunkfreiheit dient der Gewährleistung freier, individueller und öffentlicher Meinungsbildung.)

<u>Das Bundesverfassungsgericht verhinder-</u> te den Kommcrzfunk

Im ersten Rundfunkurteil von 1961 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, daß Privatfunk nur im Rahmen der gesetzlich normierten Gewährleistung der Rundfunkfreiheit denkbar ist. "Das Grundgesetz schreibt keine bestimmte Form der Rundfunkorganisation vor; es kommt allein darauf an, daß freie umfassende und wahrheitsgemäße Meinungsbildungen gewährleistet sind, daß Beeinträchtigung oder fiehlentwicklung vermieden werden. Der Gesetzgeber hat insbesondere Vorkehrungen zu treffen, die sicherstellen, daß der Rundfunk nicht einer oder einzelnen gesellschaftlichen Gruppen ausgeliefert wird, daß die in Betracht kommenden gesellschaftlichen Kräfte im Gesamtprogramm zu Wort kommen und daß die Freiheit der Berichterstattung unangetastet bleibt."

### Jeder muß zu Wort kommen können

"Es liegt vielmehr in der Verantwortung des Gesetzgebers, daß ein Gesamtangebot bestcht, in dem die für die freiheitliche Demokratie konstitutive Meinungsvielfalt zur Darstellung gelangt. Es muß der Gefahr begegnet werden, daß auf Verbreitung angelegte Meinungen von der öffentlichen Meinungsbildung ausgeschlossen werden und Meinungsträger, die sich im Besitz von Sendefrequenzen und Finanzmitteln befinden, an der öffentlichen Meinungsbildung vorherrschend mitwirken."

Gerade für den Privatfunk kommt es in besonderem Maße darauf an, daß Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt garantiert sind, indem alle geistigen Richtungen und Weltanschauungen im Programm zum Ausdruck kommen. Dem dient auch, daß alle gesellschaftlich relevanten Kräfte in den Kontrollorganen vertreten sind.

# Außenpluralistischen Rundfunk lehnen wir ab wegen finanzieller Zugangsbarrieren

Außenpluralistische Rundfunkmodelle, wonach sich Vielfalt durch eine Vielzahl von Programmbetreibern herstellen soll, sind aufgrund faktischer finanzieller Zugangsbarrieren in der Bundesrepublik Deutschland nicht zu realisieren. Deshalb lehnt der Parteitag privaten Rundfunk in der Form eines außenpluralen Modells ab.

Der Markt hat immer die Tendenz, sich selbst aufzuheben, deswegen dürfen Informationen, Kultur, Bildung, Unterhaltung nicht dem Markt überlassen werden

III. Rei der Zulassung von privaten

Rundfunkveranstaltern dürfen Programmveranstaltungen Privater "nicht dem Zufall oder dem freien Spiel der Kräfte anheimgegeben werden".

Die Anforderungen, die für die Rundfunkfreiheit gelten, sind bei der Zulassung von privaten Veranstaltern auch dann einzuhalten, wenn diese neben öffentlich-rechtlichen, binnenpluralistisch strukturierten Rundfunkanstalten zugelassen werden. "Eine zusätzliche einseitige Berücksichtigung nur einzelner Meinungsrichtungen im privaten Rundfunk würde das für die Gesamtheit der dem einzelnen Teilnehmer zugänglichen inländischen Programme wesentliche Gleichgewicht des "Zu-Wort-Kommens" der gesellschaftlichen Gruppen stören, wenn nicht aufheben."

Kommerzielle Rundfunkveranstalter stehen unter dem Zwang, hohe Einschaltquoten zu erreichen. Die Folge ist nicht Vielfalt, sondern Einfalt in der Vielzahl.

IV. Rundfunkbetreiber mit kommerziellen Interessen werden diesen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts nicht gerecht. Aufgrund der marktwirtschaftlichen Situation, die für kommerzielle Programmbetreiber gilt, produzieren sie nur solche Sendungen, die hohe Einschaltquoten versprechen. Damit ist Programmvielfalt nicht zu gewährleisten. Nicht jede gesellschaftliche Gruppe ist in der Lage, die hohen Programmkosten zu finanzieren, so daß der Zugang zum Programm nur auf wenige Gruppen beschränkt bleibt. Es kommt zu keiner wirklichen "Vielfalt" von Informationen, Bildungsangeboten, Kulturbeiträgen und Unterhaltungen, sondern zu einer Kartellierung des bislang noch weitgehend freien und demokratischen Prozesses der Informations- und Meinungsbildung. Deswegen müssen auch private Programmbetreiber Art. 5 Grundgesetz und die Anforderungen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts einhalten.

Der Landesparteitag stimmt einer Zulassung von privaten Programmbetreibern in Nordrhein-Westfalen zu, wenn die Prinzipien für die Zulassung in einem Landesmediengesetz festgelegt werden und für die Landesrundfunkanstalt WDR folgende Regelungen getroffen werden:

# Bestands- und Entwicklungsgarantie für den WDR

 Der Landtag von Nordrhein-Westfalen verankert gesetzlich eine Bestandsund Entwicklungsgarantie für die öffentlich-rechtliche Landesrundfunkanstalt WDR. Der WDR kann auch in Zukunft sein Programm durch Gebührenerhöhung und Werbung finanzieren, um seinem gesetzlichen Auftrag gerecht zu werden.

## Der WDR auf den Satelliten?

- 2. Die Organe des WDR sind aufgefordert zu prüfen, ob der WDR einen eigenen Fernsehkanal auf dem direktstrahlenden Rundfunksatelliten oder auf dem nationalen Fernmeldesatelliten "Kopernikus" beantragt. Um beträchtliche Gebührenerhöhungen zu vermeiden, kann der WDR sein Satellitenprogramm auch mit Werbung finanzieren.
- 3. Durch die Novellierung des WDR-Gesetzes ist zu gerantieren, daß Interessenvertreter neuer privater Programmveranstalter keinen Sitz in den Aufsichtsgremien der öffentlichrechtlichen Rundfunkanstalt WDR erhalten. Die Repräsentanz der Gruppen ist zu überprüfen; hierbei ist insbesondere zu regeln, daß die im Bereich des Umweltschutzes tätigen Verbände angemessen vertreten werden. Der Programmbeirat sollte unverändert erhalten bleiben.

### <u>Zugangsvoraussetzungen</u> für private Veranstalter

- V. Ein neues Landesmediengesetz setzt die Voraussetzungen des Zugangs von privaten Veranstaltern fest. Hierin sind im einzelnen und konkret
- die Erteilung von Auflagen an Bewerber sowie die Zuteilung der Kanäle,
- der Entzug der Sendeerlaubnis bei Verstößen gegen das Landesmediengesetz,
- das unter Wahrung des Prinzips der Staatsfreiheit für diese Entscheidung zuständige Organ,
- der Programmauftrag für private Rundfunkveranstalter,
- die Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen in einem Aufsichtsgremium mit effektiven Kontrollrechten,
- die Sicherung der Pluralität im Gesamtprogramm der privaten Veranstalter zu regeln.

# Demokratische Kontrolle

 Private Veranstalter werden unter dem Dach einer zweiten Landesrundfunkanstalt zugelassen. Es soll geprüft werden, ob für die zu treffenden Entscheidungen Aufsichtsgremien
analog dem Dortmunder Kabelpilotprojekt eingerichtet werden. Das Aufsichtsorgan setzt sich aus allen gesellschaftlich relevanten Gruppen
zusammen, die selbst nicht als Programmveranstalter auftreten dürfen
(Ausschluß von Selbstkonrolle). Die
entsendungsberechtigten Gruppen bestimmen ihre Vertreter selbst.

### Programmrichtlinien

 Die Aufsichtsgremien legen auf der Grundlage des Landesmediengesetzes Programmrichtlinien und Grundsätze für die Ausgewogenheit des privaten Gesamtprogramms fest.

# <u>Programmvielfalt</u> <u>durch Tendenzkonkur-renz</u>

3. Private Veranstalter müssen ein Vollprogramm anbieten, das die Bereiche Information, Bildung/Kultur und Unterhaltung umfaßt. Jeder Programmbereich muß von mindestens zwei Veranstaltern gestaltet werden, die jeweils unterschiedliche gesellschaftspolitische Einstellungen vertreten.

## Programmherstellung in NRW

4. Die Sendeerlaubnis für private Veranstalter wird für die einzelnen Programmbereiche für einen bestimmten Zeitraum (z. B. drei Jahre) erteilt. Die Sendeplätze werden nach dem Prinzip der Ausgewogenheit vergeben. Bei der Erteilung der Erlaubnis sind die Programmveranstalter zu bevorzugen, die ihren Sitz und die Stätte für die Programmproduktion in Nordrhein-Westfalen haben.

# Förderung der nationalen und europäischen Kulturarbeit gegen ein Medienimperialismus

- 5. Das Programm muß sich zu 80 % aus nationalen Produktionen oder Produktionen der Länder der Europäischen Gemeinschaft zusammensetzen. Ausnahmeregelungen sind für filmgeschichtlich besonders wertvolle Werke vorzusehen (z. B. FFA: Prädikat besonders wertvoll). Diese Forderung gilt gleichermaßen aus Wettbewerbsund kulturellen Gründen.
- Die einzelnen Programmbeiträge müssen mit dem Namen des Programmbetreibers gekennzeichnet sein. Wer-

bung und Programm sind zu trennen. Unterbrecherwerbung findet nicht statt. Es empfiehlt sich, eine programmunabhängige Werbegesellschaft zu bilden.

# <u>Keine Monopolisierung einzelner Pro-</u>grammbereiche

Die einzelnen Programmbereiche dürfen nicht durch Veranstalter monopolisiert werden. Programmliche Ausgewogenheit wird auch dadurch hergestellt, daß finanzschwache Anbieter zu attraktiven Sendezeiten ihre Beiträge ausstrahlen können. Um ein Spektrum von verschiedenen Standpunkten, Meinungen und Interessen zu schaffen, sind auch die selbständigen Kulturschaffenden mit attraktiven Sendeplätzen zu berücksichtigen. Ziel ist es, das gesellschaftliche Ausdrucksvermögen herzustellen und zu sichern. Hierauf beziehen sich die Prinzipien der Vielkulturellen Freiheiten und falt, Brauchbarkeiten für jeden.

### Auch Pay-TV ist Rundfunk

8. Es können private Programmbetreiber für Spartenprogramme zugelassen werden, die sich im Wege des "Pay TV" ohne Werbung finanzieren. Da auch "Pay-TV" Rundfunk ist, sind auch die Mindestanforderungen für Rundfunk nach dem Bundesverfassungsgericht einzuhalten: ein Mindestmaß von inhaltlicher Ausgewogenheit, Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit in der Berichterstattung.

### <u>Lokaler Rundfunk - eine Chance für eine</u> <u>offene und demokratische Informations-</u> landschaft

Im lokalen Bereich werden gemein-9. nützige Veranstalter nach den Grundsätzen eines binnenpluralistischen Modells zugelassen. Dies kann in Form von gemeinnützigen Vereinen, Stiftungen, öffentlich-rechtlichen Rundfunkstationen geschehen. Presse und Medienverlage erhalten aus Gründen der Sicherung des publizistischen Wettbewerbs keinen Zugang zu lokalem Rundfunk. Im lokalen Hörfunk ist Werbung zulässig. Hierbei ist jedoch sicherzustellen, daß die örtliche Presse nicht in ihrem Bestand und ihrer Weiterentwicklung gefährdet wird. Es ist zu prüfen, ob das Schweizer Modell, wonach lokale Rundfunksender täglich nur 15 Minuten Werbung ausstrahlen dürfen, zu übertragen ist. Ist ein Vollprogramm damit nicht zu leisten, können nach dem Network-Prinzip die landesweit ausgestrahlten Sendungen des WDR als Programmteppich übernommen werden. Infrage kommt auch eine Finanzierung gemeinnütziger lokaler Rundfunkanstalten aus Werbeeinnahmen des 4. WDR-Hörfunkprogramms.

### Keine Lizenzmonopolisierung bei Spartenprogrammen

10. Wenn in den nächsten Jahren in Nordrhein-Westfalen größere Kabelnetze entstehen, können Programmbeiträge privater Rundfunkveranstalter in Form von "Pay-TV" zugelassen werden. Aus wettbewerbsrechtlichen Gründen ist auszuschließen, daß einzelne Veranstalter die Programmsparten (z. B. für Sport) monopolisieren.

## Kanäle offen lassen für gemeinnützige Veranstalter und "Offenen Kanal"

- 11. In den Kabelanlagen sind Kapazitäten für gemeinnützige Veranstalter, für Informationsprogramme und für einen "Offenen Kanal" freizuhalten.
- 12. Die Einspeisung deutschsprachiger Programme in nordrhein-westfälischen Kabelanlagen richtet sich nach den Bestimmungen, wie sie für private Programmveranstalter in Nordrhein-Westfalen gelten.

## Dortmund bleibt frei von der Beteiliqung kommerzieller Anbieter

13. Unabhängig von der Zulassung privater Veranstalter ist das Kabelpilotprojekt Dortmund in öffentlichrechtlicher Trägerschaft und ohne die Beteiligung erwerbswirtschaftlich tätiger Dritter durchzuführen. Der Dortmunder Versuch bleibt nach wie vor ein Test für die Weiterentwicklungsmöglichkeiten aller öffentlich-rechtlichen Anstalten in der Bundesrepublik angesichts neuer und erweiterter Übertragungstechniken.

### <u>Innere Pressefrei</u>heit in NRW

14. Die Regeln über die Mitbestimmung sind zu überprüfen. Die Mitbestimmungsrechte der im Programmbereich tätigen Mitarbeiter sind zu erweitern und zu verstärken. Das Landesmediengesetz regelt auch die Mitbestimmung der Redakteure der privatverfaßten Presse in Nordrhein-Westfalen.

Unter diesen Voraussetzungen stimmt der Landesparteitag zu, daß in Nordrhein-Westfalen private Programmveranstalter im Rundfunk zugelassen werden. Ziel sozialdemokratischer Medienpolitik bleibt es, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Bestand und Entwicklung zu sichern, die private Vermarktung und Kommerzialisierung von zusätzlichen Angeboten zu verhindern, ohne den Menschen in unserem Land eine größere Programmauswahl vorzuenthalten.

Auf der Basis der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes treten wir dafür ein, daß bei den neuen privaten Programmanbietern Vielfalt entsteht, in der sich alle gesellschaftlichen Gruppen wiederfinden.

# Initativ-Antrag 5 Betreff: Fehlbelegungsabgabe

Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen des Landes und des Bundes für die Aufhebung bzw. Aussetzung der Fehlbelegungsabgabe einzusetzen.

### Begründung:

- Nicht alle vom Gesetz betroffenen Bundesländer und Städte haben von dieser gesetzlichen Möglichkeit jetzt schon Gebrauch gemacht.
- 2. Durch die Anwendung dieser Abgabe werden vor allem junge Menschen, die wir als sogenannte kleine Aufsteiger klassifizieren, in ihrem Lebensstandard erheblich eingeschränkt. Aber auch Ehepaare mit Kindern, die bereits über eigenes Einkommen verfügen und aufgrund ihres Alters ein eigenständiges Leben führen, werden zusätzlich belastet.
- 3. Bürgerinnen und Bürger mit Vermögen (hier sind Hausbesitzer gemeint) werden durch steuerliche Vorteile zusätzlich begünstigt.
- 4. Wir sind der Auffassung, daß bei der derzeitigen Konjunkturlage eine derartige zusätzliche Belastung des oben gemannte Personenkreises nicht in die politische Landschaft paßt.
- Weiter beanstanden wir die ungeschickte Handhabung dieser gesetzlichen Möglichkeiten durch die zuständigen Stellen der Verwaltung der Stadt Dortmund.

Abschließend möchten wir betonen, daß wir die Auffassung: "Hier sei ein Parteitagsbeschluß zu verwirklichen" nicht gelten lassen können. Wir können darauf verweisen, daß an anderer Stelle Parteitagsbeschlüsse nicht derart konsequent verfolgt werden.

An den SPD-Landesvorstand überwiesener Antrag mit der Maßgabe, auf der Grundlage dieser ausführlichen Abhandlung eine Informationsschrift für die nordrheinwestfälische Partei zu entwickeln.

Antrag-Nr.: A/4

hindern.

Antragsteller: UB Düsseldorf
Betreff: Arbeitszeitpolitik

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat im März 1983 Modellrechnungen zur Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsverteilung der Öffentlichkeit vorgelegt. Es muß jetzt darum gehen, die öffentliche Diskussion zur Arbeitszeitverkürzung zu intensivieren, zu qualifizieren und zu verbreitern. Für dieses Ziel sollen die Landesregierung, die Landtagsfraktion und die SPD von Nordrhein-Westfalen Lösungsvorschläge entwickeln, die für die Mehrheit der Bevölkerung und die Arbeitlosen einsichtig sind und damit durchsetzbar werden. Gegen das bornierte Verhalten der Verbandslobby der Wirtschaft muß eine demokratische Gegenöffentlichkeit aufgebaut werden, um die zunehmende Pauperisierung weiterer Teile unserer Gesellschaft zu ver-

Allerdings wird es kaum Lösungen geben, die auf einen Schlag die Arbeitslosigkeit abbauen. Deshalb fordert der Landesparteitag die Landesregierung auf, Konzeptionen der Arbeitszeitverkürzung im eigenen Verantwortungsbereich durchzusetzen und gemeinsam mit der ÖTV und GEW Lösungsstrategien zu entwickeln.

Der Kampf der IG Metall und der anderen Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche wird von uns Sozialdemokraten unterstützt. Auch wenn es nicht alle sehen wollen: Der Kampf für die 35-Stunden-Woche wird für alle geführt, für jene, die Arbeit haben, und für die, die heute bereits arbeitslos sind.

Neben einer Nachfrageintensivierung durch gesellschaftlich sinnvolle Investitionen, z.B. im Umweltbereich, in der Kraftwärmekopplung und Energieeinsparung, der Modernisierung der Informations- und Kommunikationssysteme, hat die Verkürzung und Umverteilung der Arbeitszeit eine strategische Bedeutung zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit.

### <u>Thesen zur Arbeitslosigkeit</u>

#### Langzeitarbeitslosigkeit nimmt zu

Arbeitslosigkeit ist für immer mehr Bür-

ger von einer abstrakten Größe zum persönlichen Schicksal geworden. Rechnerisch war während der letzten zehn Jahre – 1974 bis 1983 – etwa jeder dritte Erwerbstätige von Arbeitslosigkeit betroffen (Presseinformation BA 62/83). Diese Betroffenheit ist in ihrer Qualität schwerwiegender geworden. Ungefährein Drittel der Arbeitslosen in NRW dürfte Anfang 1984 schon über ein Jahrohne Arbeit sein. Ein Jahr zuvor beliefsich dieser Anteil auf knapp ein Viertel.

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 1983 in NRW 38 Wochen – gut ein fünftel mehr als im Jahr zuvor (Presseinf. LAA 7/84).

 Dauerarbeitslosikeit führt zu Identitätsverlusten bei den Betroffenen

Das Landesarbeitsamt NRW stellt dazu "Langanhaltende Arbeitslosigkeit hat verheerende Auswirkungen. Der Verlust an Lebensinhalt und Selbstwertgefühl hat den Zerfall des "psycho-physischen Arbeitsvermögens" und der beruflichen Qualifikation zur Folge. Hinzu kommen Status- und Einkommensverluste. Arbeit vermittelt soziales Ansehen, soziale Identität und Kontakte. stellt die Verbindung mit der Gesellschaft außerhalb der Familie her und sichert die Stabilität der Familie. Dies alles wird mit dem Arbeitsplatzverlust in Frage gestellt und führt bei Dauerarbeitslosigkeit zu möglicherweise irreparablen Schäden. Neben den direkt betroffenen Abreitslosen in NRW sind auch die Familienangehörigen, Hunderttausende Partner, Kinder zu sehen, die unter ihrer individuellen Mitbetroffenheit von Arbeitslosigkeit zu leiden haben." (Presseinf. LAA 7/84).

 Bundesregierung und Wirtschaftswissenschaftler stellen sich auf Dauerarbeitslosigkeit ein

Eine nachhaltige Verbesserung der Situation ist vorläufig nicht zu erwarten.

Trotz aller Hoffnungen auf den Aufschwung geht die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1984 von einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von knapp 9 % aus, was etwa 2,2 Mio. Arbeitslosen entspräche. Gegenüber einer Arbeitslosenzahl von 2,26 Mio. im Durchschnitt ist dies kaum als Verbesserung zu bezeichnen.

 Arbeitsplätze werden in der Krise abgebaut

Natürlich schlagen sich in der hohen Ar-

beitslosigkeit auch demographische Trends nieder. Nach dem Landesentwicklungsbericht 1982 wird allein in NRW die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bis Ende der 80er Jahre noch um 4 % wachsen. Erst ab Mitte der 90er Jahre ist mit einem deutlichen Rückgang der Erwerbspersonenzahl zu rechnen.

Daneben spielt aber der erfolgte Arbeitsplatzabbau eine wesentliche Rolle. In NRW bauten zwischen 1981 und 1983 (jeweils März) Industrie und Handwerk rd. 166.000 oder 7 % ihrer Arbeitsplätze ab. Selbst die Dienstleistungssektoren haben während dieser Zeit ihre Rolle als klassische Auffangbecken für Beschäftigungsverluste in der Industrie verloren: Hier gingen 53.500 oder 2 % der Arbeitsplätze in Verlust (Presseinf. LAA 284). Auf Bundesebene zeigt sich kein grundsätzlich günstigeres Bild - 1983 ging die Beschäftigtenzahl in der Bundesrepublik um über 400.000 zurück (MittAB 4/84, 5. 325).

5. Rückgang von Arbeitsplätzen im sekundären Bereich

Hinter solchen globalen Zahlen stehen erhebliche strukturelle Verschiebungen. So ist die Arbeitsmarktentwicklung im Großraum Düsseldorf während der "durch einen starken Rückgang der Zahl der Beschäftigten in der Leder-, und Bekleidungsindustrie, im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie in der Metallerzeugung und -bearbeitung gekennzeichnet. Diese für die wirtschaftliche Entwicklung des Raumes zentralen Branchen ... mußten im gesamten Bundesgebiet hohe Wachstumseinbußen hinnehmen. Im Düsseldorfer Raum führte diese Wachstumsschwäche, die durch andere Sektoren des verarbeitenden Gewerbes verstärkt wurde, zu einer Verminderung der Zahl der Beschäftigten um 140.000.

Das schwache Wachstum wirkte sich dabei insbesondere in den regionalen Subzentren Mönchengladbach, Krefeld und Wuppertal nachteilig aus. In dem auf den Ballungskern Düsseldorf konzentrierten tertiären Sektor war hingegen eine weitere Zunahme der Zahl der Beschäftigten zu verzeichnen, verglichen mit den übrigen Regionen entwickelte sich dieser Sektor aber ebenfalls nur unterdurchschnittlich." (RWI-Mitteilungen 2/83, S. 132).

6. Mikroelektronik ist ohne soziale Steuerung ein Jobkiller

Vieles spricht dafür, daß noue wirt-

schaftlich-technische Wandlungsprozesse anstehen, die zusätzlich Arbeitsplätze kosten werden. Dies gilt zumal angesichts des immer breitflächigeren Einsatzes der Mikroelektronik. Ein Beispiel hierfür ist der Industrieroboter: Das Substitutspotential für Industrieroboter in der Bundesrepublik beträgt (bezogen auf das Jahr 1978) ca. 400.000 Arbeitskräfte (MittAB 2/83), S. 167). Wirtschaftlichkeitsberechnungen ergaben, daß durch Industrieroboter bei Mehr-Maschinen-Bedienung bis zu 80 % Personalkosten eingespart werden können (ebd., S. 174). Bezogen auf den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken hat eine Enquete-Kommission Deutschen Bundestages geschätzt, daß sich ungefähr 10 % der Personalkosten in der Wirtschaft potentiell einsparen lassen. Dies würde grob gerechnet einem Arbeitsplatzverlust von 2 bis 2,65 Mio. entsprechen (Bundestags-Drucksache 9/2442 vom 28.3.1983, S. 104).

<u>7.</u>

Natürlich ist die stetig fortschreitende Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch Maschinen nichts grundlegend Neues. 1962 waren im statistischen Durchschnitt in der Bundesrepublik 33 Erwerbstätige notwendig, um Waren und Dienstleistungen im Wert von 1 Mio. DM hervorzubringen (in Preisen von 1982), 1972 aber nur noch 20 und 1982 sogar lediglich 16 Erwerbstätige (ÖTV-Magazin 12/83, S. 20).

Mit der Mikroelektronik als neuer Querschnittstechnologie freilich tritt dieser Prozeß in eine neue Phase ein.

8. Prozeßinnovation statt Produktinnovation verschärft die Arbeitslosig- 🐠 keit

Dabei gilt grundsätzlich: Soweit Produktivitätsverbesserungen nicht durch Ausweitung des Produktionsvolumens wettgemacht werden, sind Arbeitsplätze gefährdet. Diese Gefährdung ist in der Vergangenheit zu einem erheblichen Teil durch Arbeitszeitverkürzung kompensiert den: 1982 haben wir in der Bundesrepublik mit der annähernd gleichen Zahl von Erwerbstätigen wie 1960 wertmäßig mehr als das Doppelte produziert - bei einer um 19 % niedrigeren Jahresarbeitszeit (BeitrAB 75, S. 30 f.). Allerdings ist der Prozeß der Arbeitszeitverkürzung ins Stocken geraten.

Nahm die tarifliche Jahresarbeitszeit seit Anfang der 60er Jahre zunächst jährlich um 1 % ab, so betrug der Rückgang ab 1973 nur noch 0,6 % und schließlich sogar nur noch 0,2 % pro Jahr (ebd., S. 33).

### Arbeitszeitverkürzung allein reicht nicht aus

Gerade jetzt aber brauchen wir neue, nachhaltige Anstöße in Richtung Arbeitszeitverkürzung, um vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und – soweit möglich – das gesellschaftliche Arbeitsvolumen auf mehr Schultern zu verteilen: Arbeitslosigkeit, von der zur Zeit etwa jeder 10. Arbeitnehmer in der Bundesrepublik betroffen ist, bedeutet zwar auch Arbeitszeitverkürzung – aber die deprimierendste und unsozialste Form überhaupt.

Natürlich kann Arbeitszeitverkürzung nicht allein die Vollbeschäftigung wiederherstellen. Notwendig ist auch eine Nachfrageintensivierung durch gesellschaftlich sinnvolle Investitionen (z. 8. im Umweltbereich, durch Kraft-Wärme-Koppelung und Energieeinsparung, durch Modernisierung der Informations- und Kommunikationssysteme), um diesem Zielnäherzukommen.

Daneben hat die Verkürzung und Umverteilung der Arbeitszeit eine strategische
Bedeutung zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Sie bedeutet zumal eine
unverzichtbare Flankierung des technischen Fortschritts: Die Ersetzung der
menschlichen Arbeit durch Maschinen von der Arbeiterbewegung grundsätzlich
immer begrüßt - bedeutet nur dann auch
technische Entwicklung, wenn ihre Früchte stetig und gleichmäßig verteilt werden.

# 10. Ansätze der Bundesregierung wirkungslos

Inwieweit diese Bedeutung realisiert werden kann, hängt entscheidend davon ab, ob der Staat die laufenden tarifpolitischen Bemühungen durch eigene Initiativen unterstützt und flankiert. Die gegenwärtige Bundesregierung trägt dazu nichts bei: Ihre Vorschläge zur Reform der Arbeitszeitordnung und zu einem Vorruhestandsgesetz sind arbeitsmarktpolitisch bestenfalls wirkungslos, z. I. sogar schädlich. Es ist bedauerlich und bezeichnend zugleich, daß die Gegenvorschläge der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-geführten Bundesländer dabei ohne Resonanz geblieben sind.

Mehr noch: Indem der Bundeskanzler die Forderung nach der 35-Stunden-Woche als "dumm und töricht" qualifiziert, greift er massiv in tarifpolitische Auseinandersetzungen ein.

### 11. Aufgabe der SPD

Angesichts dessen bleibt es Aufgabe der SPD, weiterhin sinnvalle Alternativen zu den Vorschlägen der Bundesregierung zu formulieren und die arbeitszeitpolitische Diskussion durch neue Initiativen weiterzuführen. Dies gilt zumal für die Sozialdemokraten in einem Land, das - wie NRW - überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Arbeitszeitpolitik muß - unabhängig vom Ergebnis des aktuellen Tarifkonflikts - ein Schwerpunktthema der Formulierung sozialdemokratischer Politik in NRW sein. Dafür gibt es auch weiterhin drei wesentliche Ansatzpunkte: die Verkürzung der Wochen- und der Lebensarbeitszeit sowie die freiwillige Teilzeitarbeit.

# 12. Reaktionsmöglichkeiten der Unternehmer zur Arbeitszeitverkürzung

Für die Beschäftigungswirkungen jeder Form von Arbeitszeitverkürzung ist entscheidend, welche Reaktionsmöglichkeiten von den Unternehmern jeweils wie intensiv genutzt werden: Arbeitsintensivierung, Schichtarbeit, Überstunden oder Neueinstellungen. Durch staatliches Handeln lassen sich folgende Alternativen erschweren:

# <u>– Automatisierung:</u>

die Umstellung der Finanzierung des Arbeitgeberbeitrags zur Sozialversicherung ("Maschinensteuer") kann helfen, den Faktor Arbeit von der Kostenseite her zu entlasten.

### – Überstunden:

längst überfällig ist eine sinnvolle Reform der aus dem Jahr 1938 stammenden Arbeitszeitordnung. Dem fortschrittlichen Entwurf des Landes Hessen für ein Arbeitszeitgesetz (August 1983) ist NRW im Bundesrat beigetreten. Inzwischen hat freilich der Bundesarbeitsminister seinen Entwurf eines Arbeitszeit- und Frauenarbeitsschutzgesetzes vorgelegt. Dieser Entwurf, dessen Vorschrift eine über 40-Stunden-Woche erheblich hinausgehende Arbeitszeit zuläßt, muß von Sozialdemokraten abgelehnt werden.

### Schichtarbeit:

verstärkt diskutiert werden sollte die Möglichkeit einer Erweiterung sozialpolitischer Schutzvorschriften für Schichtarbeiter, z.B. durch Sonderregelungen im Bundesurlabsgesetz.

# 13. Humanisierung der Arbeitswelt statt Arbeitsverdichtung

Dennoch bleibt die Frage, ob solche gesetzlichen Schranken nicht beispielsweise durch eine Intensivierung der Arbeitsleistung teilweise unterlaufen werden könnten. Nach einer Umfrage der Gewerkschaft HBV geben vier von fünf Arbeitnehmern im Handel an, daß der Leistungsdruck in ihrem Betrieb in letzter Zeit zugenommen hat.

Bei den Teilzeitkräften liegt dieser Anteil noch höher (WSI-Infodienst zur Humanisierung der Arbeit, Nr. 3/83). Es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß eine kostenmäßig spürbare Arbeitszeitverkürzung solche Intensivierungsstrategien auf breiter Front auslösen wird. Dies bedeutet dann eine schwere Herausforderung für die Betriebsräte: Nicht zuletzt von ihrer Stärke wird es abhängen, zu welchen Ergebnissen die Arbeitszeitverkürzung im einzelnen Betrieb führt. Die Festigung und Erweiterung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten gewinnt von daher besonderes Gewicht.

Dennoch muß geprüft werden, ob nicht vor allem kleinere und mittlere Unternehmen mit weniger durchsetzungskräftiger betrieblicher Interessenvertretung auf Kompensationslösungen auszuweichen versucht sein könnten, die einen erheblichen Teil möglicher Beschäftigungseffekte der Arbeitszeitverkürzung zunichte machen würden. Möglicherweise blieben hier auch gezielte Subventionsmodele ein realistischer Weg staatlichen Handelns.

## 14. Das französische Beispiel "Solidaritätsvertrag" prüfen

Dafür gibt es ausländische Beispiele zumal den "Solidaritätsvertrag Arbeits-. zeitverkürzung", der 1981 in Frankreich eingeführt und inzwischen allerdings modifiziert worden ist. Nach diesem Modell erhalten die Unternehmer für jede reduzierte Arbeitsstunde pro Beschäftigten eine Prämie, deren Höhe mit zuneh-mender Reduzierung wächst. Zusätzliche Bedingung ist eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl um etwa 3 % in Wachstumsbranchen bzw. das Halten der Beschäftigtenzahl in schrumpfenden Bereichen. Freilich wird von dieser Möglicheit zur subventionierten Verkürzung der Wochen-arbeitszeit nur sehr zögernd Gebrauch gemacht (vgl. Internat. Chronik zur Arbeitsmarktpolitik, Nr. 13/83).

Dennoch könnte entlang dieser Linie weitergedacht werden. Einen Beitrag dazu hat auch der Direktor des Wissenschaftszentrums Berlin, Fritz W. Scharpf, geleistet. Er schlägt eine Wochenarbeitszeitverkürzung auf 36 Wochenstunden vor, wobei die Kosten des Einnahmeausfalls von Arbeitnehmern und Arbeitgebern - über Tarifvertrag - je zur Hälfte getragen werden. Derjenige Arbeitgeber aber, der das so freigewordene Arbeitsvolumen durch Neueinstellungen ersetzt, soll einen 50 %igen Lohnkostenzuschuß für die entsprechenden Neueinstellungen erhalten. Dieser Zuschuß soll für drei oder vier Jahr gewährt und dann schrittweise abgebaut werden (vgl. Johannes Rau, Die Zukunft der Arbeit, 1983, S. 14).

### 15. Zur Lage der kleinen und mittleren Betriebe

Dies alles sind Modelle, die weiter untersucht werden könnten. Das gilt speziell im Hinblick auf kleine und mittlere Betriebe.

In NRW entfallen von den rd. 11.200 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes 83,4 % auf kleine und mittlere Betriebsgrößen bis 199 Beschäftigte. In diesen Betrieben sind zusammen immerhin 27,1 % der 2,07 Mio. Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes tätig. Im einzelnen bestehen im Lande (Stand Ende September 1982)

- 5.070 Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten (7,1 % der Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes in NRW insgesamt),
- weitere 2.550 Betriebe in einer Größenordnung zwischen 50 und 99 Beschäftigten (8,7 % der Beschäftigten insgesamt),
- weitere 1.670 Betriebe zwischen 100 und 199 Beschäftigten (11,3 % der Beschäftigten insgesamt).

(Statist. Rundschau für das Land NRW, 9/83, 5. 588 f.)

Hilfen für die mittelständischen Betriebe

Für alle Überlegungen zu einer gezielten, beschäftigungswirksamen Subventionierung bei Arbeitszeitverkürzung gilt freilich: Dies bedeutet keine Anerkennung zu den weit überzogenen Behauptungen der Arbeitgeberverbände in Sachen Kostenbelastung. Solchen Thesen bleibt nach wie vor entgegenzuhalten:

- Seit 1980 sind die finkommen der Arbeitnehmer noch nicht einmal in einem Maße gestiegen, das den Ausgleich der jährlichen Preissteigerungen ermöglicht hätte. Die Arbeitnehmer haben also bereits erhebliche Vorleistungen zu Kostenentlastungen der Wirtschaft erbracht.
- Die Politik der Bundesregierung bedeutet eine gesellschaftliche Umverteilung "von unten nach oben". Dies gilt zumal für die im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1984 für den Unternehmensbereich Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen Steuererleichterungen. Auch damit erbringen alle steuerzahlenden Bürger – über Steuerverzichte des Staates zu Gunsten der Unternehmen einen unfreiwilligen Beitrag zur Kostenentlastung der Wirtschaft.

#### 16.

Immer wieder aufgegriffen werden müssen auch die Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung für <u>ältere Arbeitnehmer</u>. Die Bundesregierung hat hier bisher praktisch nichts Konstruktives beigetragen: Ihr Gesetzentwurf zum Vorruhestandsgeld hat Verbesserungswünsche sogar bei CDUgeführten Bundesländern ausgelöst, allerdings ohne Ergebnis.

NRW hat sich demgegenüber im Bundesrat dem hessischen Gesetzentwurf angeschlossen, der sich an den Vorstellungen der Gewerkschaften orientiert. Dieser Gesetzentwurf ist an der Bundesratsmehrheit gescheitert. Nun gilt es, dennoch in zwei Richtungen hin neue Initiativen zu entwickeln:

- Die <u>flexible Altersgrenze</u> in der gesetzlichen Rentenversicherung muß von 63 auf 60 Jahre gesenkt werden - und zwar ohne sog. versicherungsmathematischen Abschläge, wie sie von der Bundesregierung ins Auge gefaßt werden.

### Cleitender Ausstieg

- Wir brauchen auch aus sozialpolitischen Gründen ("Pensionsschock") mehr Möglichkeiten zum gleitenden Ausstieg aus dem Arbeitsleben. Vorgeschlagen worden ist z. 8. ein Übergangsgeld der Bundesanstalt für Arbeit, sofern ältere Arbeitnehmer von Vollzeit- auf Teilzeittätigkeit überwechseln und das dadurch freigewordene Arbeitsvolumen für Neueinstellungen genutzt wird. Ferner liegen ausländische Erfahrungen zu Modellen einer Teil-Rente vor.

An solchen Vorschlägen muß weitergearbeitet werden. Allerdings: Arbeitszeitverkürzung für Ältere darf nicht als Alibi für die Aufrechterhaltung inhumaner Arbeitsplätze oder für den Verzicht auf die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze mißverstanden werden. Arbeitszeitpolitik und Humanisierung der Arbeitswelt müssen auch insoweit eng aufeinander bezogen sein.

In NRW beträgt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von 59 Jahren und darüber rd. 182.500 (Stand September 1982; Quelle: LAA-Statistik). Das Potential für arbeitszeitpolitische Angebote in diesem Bereich ist also durchaus beachtlich.

# 17. <u>Flexibilisierung der Arbeitszeit</u>

Das Stichwort "Flexibilisierung" bezeichnet zwei nicht notwendig deckungsgleiche Themen:

- neue Formen der individuellen Arbeitszeit, z. B. mehr Teilzeit statt Vollzeitarbeit;
- veränderte Lagen der individuellen Arbeitszeit in der Zeit, z. B. gleitende Arbeitszeit oder Schichtarbeit.

Es zeichnet sich ab, daß die Bedeutung dieser Arbeitszeitkategorie zunimmt. Dies gilt zumal für die Auswirkung der Teilzeitarbeit zu Lasten der Vollzeitarbeit. In NRW ist von September 1981 bis September 1982 die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze (sozialversicherungspflichtige Beschäftigte) um 1,6 % zurückgegangen; gleichzeitig nahm die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze um 4,5 % zu.

Es gibt kaum Zweifel, daß die konsequente Nutzung von Möglichkeiten der flexibilisierung den Unternehmern zusätzliche Chancen für die Erschließung von Produktivitätsreserven bietet. Um so notwendiger wäre es, diese Tendenz auf der Grundlage verbesserter gesetzlicher Instrumentarien zu kontrollieren; eine bloße Ablehnung von flexibilisierungsstrategien läuft Gefahr, sowohl an der Entwicklung in den Betrieben als auch an den Interessen eines zwar kleinen, aber jedenfalls signifikanten Teils der Arbeitnehmer vorbeizugehen.

Notwendig ist deshalb ein Gesetz zur verbesserten rechtlichen Absicherung bei Teilzeitarbeit, das die schwierigen sozialrechtlichen Probleme (z. B. Geringfügigkeitsgrenzen in der Sozialversicherung) aufgreift, arbeitszeitpolitische Fehlentwicklungen (z. B. "kapazi-

tätsorientierte variable Arbeitszeit" im Handel) verhindert und vor allem verbindliche Formen der Beteiligung von Gewerkschaften und Betriebs- und Personalräten bei der betrieblichen Einführung neuer Arbeitszeitmodelle sichert. Der CDU-Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom März 1983 ein Rahmengesetz zur Teilzeitarbeit angekündigt. Die Umsetzung dieser Ankündigung steht bisher aus.

### 18. Öffentlicher Dienst

Die genannten Ansatzpunkte staatlichen Handelns in der Arbeitszeitpolitik könnten mit besonderem Recht von einem Bundesland aufgegriffen werden, das durch die Beschäftigungskrise in erheblichem Maße betroffen ist. Dabei käme es nicht allein darauf an, die Bundesregierung z. B. durch Bundesratsinitiativen in Begründungszwang zu bringen; entscheidend bliebe es, schon im Vorfeld dieser Initiativen eine breite öffentliche Diskussion anzuregen und – in Abstimmung mit den Gewerkschaften – zu gestalten.

Konkrete Handlungs- und Umsetzungsmöglichkeiten bieten sich schon jetzt im Bereich des öffentlichen Dienstes.

- Auf Initiative des Bundesrates hin werden demnächst die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung und Dauerbeurlaubung bei Beamten durch bundesgesetzliche Rahmenregelungen ausgeweitet werden.
  - Hier gilt es, nicht nur die landesgesctzliche Regelung voll auszuschöpfen. Entscheidend bleibt, daß (1) alle Behörden im Landesbereich großzügig von den gesetzlichen Möglichkeiten Gebrauch machen was z. B. durch die Schaffung einer zentralen Beschwerdeinstanz gefördert werden könnte und (2) eine politische Selbstverpflichtung für jedenfalls vorübergehende Wiedereinsetzung der freigewordenen Stellen ausgesprochen wird.
- Schon heute praktizieren mehrere Kommunen in NRW neue Wege der Teilzeitarbeit und Dauerbeurlaubung im Tarifbereich, also für Arbeiter und Angestellte. Es muß sichergestellt werden, daß über Struktur und Beschäftigungswirksamkeit dieser Modelle ein laufender Erfahrungsaustausch erfolgt, damit daraus eventuell allgemeine Empfehlungen abgeleitet werden können. Auch die Schaffung entsprechender Arbeitszeitmodelle im Landesbereich selbst käme in Frage.

Die Landesregierung ist aufgefordert zu

prüfen, ob sie eine Koordinierungsstelle für Fragen der Arbeitszeitpolitik in Ergänzung bestehender Ressortzuständigkeit einrichtet.

An. den: SPD-Landesvorstand überwiesener Antrag zur weiteren: Befassung: (aktuelles regionales Problem von übergreifender Bedeutung)

Antrag-Nr.: A/15

Antragsteller: UB Gütersloh Betreff: Wasserversorgung

Wir halten den Bau der Fernwasserleitung in Ostwestfalen-Lippe für falsch, weil diese Leitung zu einer wesentlichen Verschlechterung der Situation der Menschen in unserem Raum im Hinblick auf die Wasserversorgung führen wird. Weder qualitativ noch quantitativ ist diese Verbundleitung geeignet, die Wasserversorgung zu sichern.

Wir fordern den Landtag auf, die zugesagte Bezuschussung von 100 Mio. DM rückgängig zu machen.

An den SPD-Landesvorstand überwiesener Antrag mit der Maßgabe, einen Leitfaden zur Diskussion über das Genossenschaftswesen zu erarbeiten

Antrag-Nr.: A/22

Antragsteller: UB Düsseldorf

Betreff: Genossenschaftswesen

- A.) Die SPD unterstützt die Weiterentwicklung des Genossenschaftsgedankens als einen reformpolitischen Beitrag zur Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme und fördert die praktische Umsetzung. Die SPD sieht hierin einen Ansatz für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsreform "von unten" in einer solidarischen und demokratischen Organisationsform und als Teil eines alternativen Wirtschaftssektors.
- a) In diesem Sinne fördert die SPD die Arbeit der Wohnungsgenossenschaften und will Neugründungen erleichtern, um
- die Mitbestimmung der Mieter auszuweiten, ihnen mehr Gestaltungsraum zu bieten und damit auch Selbst- und Nachbarschaftshilfe zu fördern;

- genossenschaftliches Wohneigentum als sinnvolle Alternative zum privaten Wohneigentum zu stärken;
- notwendige Instandsetzung und Modernisierung von Altbauwohnungen und damit die Sicherung des Wohnungsbestandes zu sozial vertretbaren Bedingungen zu verbessern und
- die Überführung von Wohnungsbeständen (z. B. aus gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften) in Genossenschaftseigentum zu erleichtern.
- b) Die SPD verbessert die Grundlagen für die Arbeit und die Gründung von Produktiv-, Konsum- und Dienstleistungsgenossenschaften, um
- dadurch einen Beitrag zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen (z. B. im Umweltschutz und bei den sozialen Diensten) zu leisten, wobei die sozialen und arbeitsrechtlichen Anforderungen und Schutzvorschriften einzuhalten sind;
- ähnlich wie in anderen europäischen Ländern die Übernahme und Weiterführung konkursgefährdeter Betriebe in Genossenschaftsform zu ermöglichen und um notendige Umstrukturierungen zu erleichtern;
- die Voraussetzungen für die Herstellung und den Vertrieb wichtiger, aber bisher nicht "marktfähiger" Produkte und Leistungen (z. B. soziale Dienstleistungen in benachteiligten Bereichen, Umweltgüter, "Dritte-Welt-Erzeugnisse") zu stärken und
- ein Lernfeld für größere Entscheidungsrechte und demokratische Beteiligung der Arbeitnehmer und für den Ausbau alternativer Wirtschaftsstrukturen zu schaffen, das Impulse für eine Demokratisierung der Wirtschaft geben kann.
- c) Die SPD fördert sozio-kulturelle Initiativen und Selbsthilfegruppen insbesondere auf kommunaler Ebene, um
- die sozialen und kulturellen Kontakte und Hilfsmöglichkeiten der Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensbereich zu verbessern;
- das Bewußtsein für demokratische und solidarische Verhaltensweisen zu schärfen und gesellschaftliche Mängel aufzudecken und

- Anstöße für unbürokratische und phantasievolle fösungsmöglichkeiten zu erhalten und kulturelle Kreativität zu wecken.
- B.) SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die Rahmenbedingungen für die Arbeit von Genossenschaften zu verbessern. Dies gilt insbesondere bei folgenden Forderungen:
- a) Verbesserung der rechtlichen Infrastruktur für die Selbstverwaltungswirtschaft, insbesondere im Genossenschafts-, Wirtschafts- und Steuerrecht.
- b) Veränderung des Konkursrechts zur Möglichkeit einer Weiterführung konkursgefährdeter Betriebe in Genossenschaftsform.
- c) Ausbau der finanziellen und rechtlichen Handlungsmöglichkeiten der Wohnungsbaugenossenschaften zur Bereitstellung preiswerten Wohnraums, Sicherung des Altbaubestandes und zur Entwicklung neuer Wohnformen, um nachbarschaftliche Sozialstrukturen zu stärken.
- d) Verbesserung der finanziellen Förderung von Genossenschaften unter Einbeziehung der Kreditgenossenschaften und der Genossenschaftsbanken.
- e) Beteiligung von Genossenschaften bei Forschungsprogrammen insbesondere zur Entwicklung und Herstellung (bzw. Umstellung auf) von sozial sinnvollen und umweltverträglichen Produkten mit entsprechend umweltschonenden Produktionsverfahren.
- f) Förderung der Zusammenarbeit von Genossenschaften bei Bewahrung ihrer dezentralen Eigenständigkeit und unter Beteiligung gesellschaftlich wichtiger Gruppen (z. B. Gewerkschaften, Verbraucher).
- g) Gründung einer Studien- und Beratungsgesellschaft nach dem Beispiel Österreichs ("Alternativ- und Sanierungskonzepte für Regionen und Betriebe").

Bei der Weiterentwicklung einer genossenschaftlichen Reformpolitik sind auch die Vorschläge und Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern einzubeziehen und auf ihre Übertragbarkeit zu prüfen.

### Begründung:

"Der mit unserer Geschichte eng verbun-

dene Genossenschaftsgedanke muß neu belebt werden. Überschaubare Einheiten können wirksam das Verantwortungsgefühl des einzelnen ansprechen und seine Einsatzbereitschaft fördern" – Programm der SPD zur Bundestagswahl 1983.

- Zahlreiche Neugründungen in unterschiedlicher Ausprägung zeigen seit einigen Jahren einen neuen Aufschwung der Genossenschaftsbwegung in Europa:
- \* Weit mehr als 120.000 Genossenschaftsbetriebe waren beim italienischen Arbeitsministerium Ende 1979 erfaßt. Seit der tiefen Wirtschaftskrise 1974 hat der genossenschaftliche Wirtschaftssektor dort hohe Zuwachsraten, und fast täglich kommen neue Kooperativengründungen hinzu.
- \* Ein Gesetz aus dem Jahre 1978 regelt in Frankreich die Arbeit von Produktivgenossenschaften, die seit der Amtsübernahme Mitterands im Rahmen des "dritten Wirtschaftssektors" besonders gefördert werden und sich zu einem wichtigen faktor im Wirtschaftsleben entwickelt haben. Besondere Erfolge wurden bei der genossenschaftlichen Fortführung konkursgefährdeter Betriebe gemacht.
- \* Auch in den Niederlanden entstand in den 70er Jahren eine Vielzahl von kleineren Alternativbetrieben. Anfangs konzentrierten sich diese Unternehmen auf den Nahrungsmittelbereich, aber schon bald kamen Kleinbetriebe im Handwerk, Textilsektor und Wohnungsbau sowie Drukkereien, Reparaturbetriebe und Dienstleistungsberatung hinzu. Es wurde das MEMO-Unternehmen gegründet, um Ziele dieser "ökologisch" ausgerichteten Betriebe besser zu fördern.
- \* Wesentlich an Bedeutung hat in den letzten Jahren auch das Mondragon-Netzwerk von Arbeiter-Produktivgenossenschaften in Spanien gewonnen. 1959 wurde dort die erste Genossenschaft durch Umwandlung eines Unternehmens gegründet, das sich heute zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor im Baskenland durch eine enge Zusammenarbeit von rd. 80 Genossenschaften in vielen Wirtschaftssparten entwickelt hat.
- \* Die Rückbesinnung auf solidarische Selbsthilfeformen in England wird vor allem mit den Überlegungen für den Lucas-Aerospace-Corporate-Plan zur sozialen Umstrukturierung von Produktionsausrichtungen verbunden.

Seit der Verabschiedung des Industrial-Common-Ownership-Acts im Jahre 1976 steigt die Zahl der Arbeiter-Kooperativen stark an, wobei sie vielfach aus Arbeitsloseninitiativen und der "Neugründung" vorher nicht lebensfähiger Unternehmen entstehen.

\* Österreich hat eine lange genossenschaftliche Tradition. Sie wird als Element einer alternativen Wirtschaftsform und zur Demokratisierung der Wirtschaft gefördert. Die Genossenschaften sollen ein hohes Maß an Selbstbestimmung ermöglichen und tendenziell die Entfremdung der Arbeit aufheben.

Diese Entwicklung ist begleitet von einer intensiven Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen genossenschaftlicher Organisationsformen zur Bewältigung sektoraler oder regionaler Wirtschaftskrisen und zur sozialen Gestaltung der Arbeitswelt.

Dabei ist es interessant, daß das zumehmende Interesse am Genossenschaftsgedanken aus unterschiedlichen Problemlagen und von unterschiedlichen theoretischen Ansätzen her erfolgt.

Bei den südeuropäischen Genossenschaften steht das Ziel der Arbeitsplatzerhaltung und -schaffung, eingebunden in eine Demokratisierung der Betriebsstruktur und -führung, im Vordergrund. Die Genossenschaften arbeiten praktisch und programmatisch in enger Verbindung mit der Arbeiterbewegung.

Dagegen werden in Mittel- und Nordeuropa (Niederlande, skandinavische Länder
und auch Bundesrepublik Deutschland)
Neugründungen stärker von dem Motiv geleitet, entfremdete Arbeit im Großbetrieb durch gemeinschaftliches, sozial
sinnvolles Arbeiten in kleineren Einheiten aufzuheben. Besondere Bedeutung haben die Herstellung ökologisch sinnvoller Produkte und die Anwendung umweltschonender Herstellungsverfahren. Diese
neuen Genossenschaftsansätze werden in
starkem Maße von Gruppen der Alternativbewegung verfolgt.

Die Breite der heutigen Genossenschaftsdiskussion in Westeuropa bietet die
Chance, die Tragfähigkeit unterschiedlicher Ansätze durch praktische Erfahrungen zu prüfen. Die Existenzfähigkeit
selbstverwalteter Unternehmen ist abhängig von einer entsprechenden sozialen,
wirtschaftlichen und rechtlichen Infrastruktur. Die Genossenschaftsbewegung
verliert ihre reformpolitische Bedeutung, wenn sie ihrem sozial-kulturellen
Anspruch nicht gerecht wird.

2. Auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt es seit einigen Jahren verstärkte Bemühungen für eine Belebung Genossenschaftsgedankens, die an der geschichtlichen Idee zeitgemäß anzuknüpfen versuchen. Angesichts des Versagens zentraler wirtschaftlicher Steuerungsinstrumente z. B. zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit oder regionaler Probleme sowie zur Vermeidung dauerhafter ökologischer Schäden gewinnen Überlegungen für eine dezentrale und betriebsbezogene Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses mit demokratischer Mitgestaltung der Arbeitnehmer an Bedeutung.

Das Genossenschaftswesen hatte qeschichtlich zwar auch vorrangig wirtschaftliche Funktion einer gemeinschaftlichen Selbstversorgung unter Umgehung der engen privatwirtschaftlichen Marktprinzipien, es war aber gleichzeitig und eng damit verbunden eine soziale, politische und kulturelle Reformbewegung. Es war die fest in der Arbeiterbewegung verankerte Idee einer Wirtschafts- und Gesellschaftsreform von unten in solidarischer Zusammenarbeit. statt ausgrenzender Konkurrenz.

In der Geschichte der Sozialdemokratie qab es besonders in der Zeit der Weimarer Republik enge Verbindungen zu großen Teilen der Genossenschaftsbewegung. Viele Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaften haben (hatten) in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ihre Wurzeln. Sie waren bis in die Jahre der Hitler-Diktatur, unter der sie wegen ihres demokratischen Charakters bekämpft und unterdrückt wurden, nicht allein Wirtschaftsgebilde zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Arbeitern, sondern die Genossenschaften waren auch Ort vielfältiger sozialer und kultureller Arbeit.

Die Genossenschaftskultur mit ihren vielen kleinen sozialen Netzen war zugleich Hilfe im Alltag und Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Diese Aufbruchsstimmung "mit uns in die Zukunft" wurde durch die Gründungsnamen vieler Genossenschaften ("Freie Erde", "Grundstein", "Einigkeit", "Solidarität" etc.) dokumentiert.

Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß im Gegensatz zu anderen Ländern in Deutschland nach Anfangserfolgen Produktivgenossenschaften bedeutungslos blieben, während Konsum und Wohnungsbaugenossenschaften sowie Banken größeren wirtschaftlichen Einfluß gewinnen konnten.

3. Nach 1945 haben die Genossenschaftsunternehmen in der Bundesrepublik ihre historischen Zielsetzungen weitgehend aufgegeben und ihren sozial-kulturellen Anspruch verloren. Praktische Erfahrungen haben die Idee und die Geschichte der genossenschaftlichen Selbsthilfe verzerrt.

Auch wenn in der Rechtsreform der nossenschaftsgedanke in seinen Grundstrukturen bewahrt wurde, hat sich Funktion der Genossenschaften in Bundesrepublik im wesentlichen auf Erstellung wirtschaftlicher Leistungen verengt. Er hat damit an reformpoliti-Bedeutung verloren. Allerdings lassen die heutigen Unternehmensgrößen vieler Genossenschaften, eine Folge des vielfach mitvollzogenen starken Konzentrationsprozesses, eine persönliche Bindung des einzelnen Mitglieds an seine Genossenschaft kaum aufkommen und erschweren erheblich eine mehr als nur formale Beteiligung in den Selbstverwaltungsgremien. Dieser "Ökonomisierung" der Genossenschaften hat auch das Genossenschaftsgesetz von 1974 Rechnung getragen. Durch die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Genossenschaften wurde seine wirtschaftliche Funktion, nicht aber seine reformpolitische Bedeutung gestärkt.

Im Vergleich zu anderen Unternehmensformen weist die eingetragene Genossenschaft eine Reihe von Vorzügen auf. So ist die – wenn auch in der Praxis oft formale – demokratische Selbstverwaltung gesetzlich vorgeschrieben. Genossenschaft ist eine Personenvereinigung, die auf den Prinzipien des freiwilligen Zusammenschlusses und der offenen Mitgliedschaft beruht, wobei der Eintritt in die Genossenschaft in der Regel keinen hohen Beitrag erfordert. Vorrangiges Ziel ist nicht die Erzielung eines Gewinns, sondern die Förderung der Interessen der Mitglieder durch den gemeinsamen Geschäftsbetrieb. Genossenschaften können grundsätzlich durchaus eine gemeinwohlorientierte Zielsetzung besitzen, und zwischen Genossenschaften und Gemeinwirtschaft bestehen enge Bezüge.

Für das Genossenschaftswesen in der Bundesrepublik gilt allerdings, daß eigenwirtschaftliche Interessen überwiegen. Dies ist vor allem ein Ergebnis der wirtschaftspolitischen Ausrichtung in der Nachkriegszeit. Dabei gibt es keinen Zweifel, daß unter funktionalen Gesichtspunkten das "moderne" Genossenschaftswesen ein leistungsfähiger, Bestandteil verschiedener Wirtschaftssektoren ist.

Für das Jahr 1981 wurden 11.083 Genossenschaftsunternehmen in der Statistik der Deutschen Genossenschaftsbank erfaßt. Zahlenmäßig mit einem Anteil von 45 % haben die ländlichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften den größten Anteil vor den Banken mit 36 %, 11 % sind Wohnungsbaugenossenschaften und 7 % zählen zu den gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften.

Rund 14 Mio. Bürger der Bundesrepublik gehörten 1981 dem Genossenschaftsbereich als Mitglieder an, mehr als 2/3 von ihnen als Mitglieder von Kreditgenossenschaften. Im Gegensatz zu anderen Ländern kommten sich in Deutschland keine Produktionsgenossenschaften halten, da die Probleme für einen "Alternativsektor" im wirtschaftlichen Gesamtsystem zu groß waren, so daß Kooperativbetriebe entweder scheiterten oder aufhörten, Produktivgenossenschaften zu sein. Auf diesem Gebiet ist bislang keine Zusammenarbeit von Betrieben und damit der Aufbau wirtschaftlicher Parallelstrukturen gelungen. Es ist in erster Linie wirtschaftlichen und kulturellen Barrieren zuzuschreiben, daß sich in deutschen Wirtschaftsgeschichte kaum selbstverwaltete Produktion herausgebildet hat. In der letzten Zeit sind allerdings wieder Gründungen zu verzeichnen, wobei vor allem das Netzwerk Berlin bekannt geworden ist.

4. Der Kern des Genossenschaftsgedankens, solidarische (Selbst-) Hilfe der von einer Not- und Mangelsituation Betroffenen in demokratischen Organisationsformen, hat heute wieder an Aktualität gewonnen. Er entspricht den sozialdemokratischen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Bei veränderten sozialen und wirtschaftlichen Problemen stehen wir heute vor großen reformpolitischen Herausforderungen, wobei die Wiederbelebung eines zeitgemäßen Genossenschaftsgedankens sowohl praktische Hilfe bietet als auch Element notwendiger Veränderungen sein kann:

\* Die Organisation des Industriesystems unterdrückt die menschlichen Bedürfnisse nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung. Durch hohe Arbeitsteilung, Zentralisierung und Bürokratisierung sind menschliche Fähigkeiten weiter zurückgedrängt worden. Die Identifikation mit dieser Form von Arbeitsorganisation nimmt ab, zumal diese Entwicklung in vielen Bereichen mit einem Prozeß der Dequalifizierung verbunden ist.

- \* Regionale und sektorale Krisen nehmen zu, die zu fortschreitenden Veränderungsprozessen führen können. Die Produktivitätsentwicklung und die arbeitsorganisatorischen Veränderungen gehen vor allem zu Lasten der Menschen in den traditionellen Industriegebieten und den unterentwickelten Landregionen.
- \* Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und die Entwicklung der Arbeitsbevölkerung werden bei den gegebenen politischen Rahmenbedingungen zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit führen.
- \* Immer drängender stellt sich bei der "harten" Produktionsausrichtung des industriellen Wachstums mit seiner außerordentlichen Beschleunigung des Stoffwechsels die Frage nach der Sicherung
  der natürlichen Lebensgrundlagen.
- \* In wichtigen Dienstleistungsbereichen stößt die marktmäßige Versorgung von einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen an Grenzen.
- 5. In einigen Bereichen ist heute eine Neubelebung des Genossenschaftsgedankens zu verzeichnen:
- \* Im Wohnungssektor hat seit einigen Jahren eine Diskussion eingesetzt, ob Wohnungsbaugenossenschaften (neue) nicht die Aufgabe des sozialen Wohnungsbaus besser erfüllen können als die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen. Auch sollen die Möglichkeiten von Genossenschaften bei der Bestandssicherung und Modernisierung von Wohnraum verbessert werden. Zudem sind in den letzten Jahren einige kleine Wohnungsgenossenschaften entstanden, deren Mitglieder gemeinschaftlich preiswerten Wohnraum für sich schaffen wollen und auch auf die Gestaltung des Zusammenwohnens und -lebens Wert legen.
- \* Im kommunalen Bereich haben sich zahlreiche sozio-kulturelle Initiativen und
  Selbsthilfegruppen gebildet, die die
  Idee der solidarischen Selbsthilfe wieder aufgreifen, sozial und kulturell
  vernachlässigte Bedürfnisse ins Bewußtsein heben und dabei unbürokratische
  und phantasievolle Problemlösungen entwickeln.
- \* In der "Alternativbewegung" sind Produktiv- und Dienstleistungsgenossenschaften wieder aufgelebt. Sie versuchen - häufig im ökologischen Bereich -Alternativprojekte zu verwirklichen und arbeiten meist stadtteil-orientiert.

Mit der Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit haben sich diese Ansätze verstärkt. Sie sind meist sowohl eine Art sozialer Absicherung als auch der Versuch einer neuen Form der Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Sinngebung.

Die SPD muß diese genossenschaftlichen Ansätze fördern und neu beleben, zumal sie dabei an eigenen geschichtlichen Erfahrungen anknüpfen kann.

# 11. Verabschiedung der Grundsätze

Die durch die Annahme der Anträge A/10, A/18, A/25, A/29, A/30, A/31, A/35 sowie der Initiativanträge I/1, I/2 und I/6 veränderten und ergänzten Grundsätze wurden e i n s t i m m i g beschlossen.